

# ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

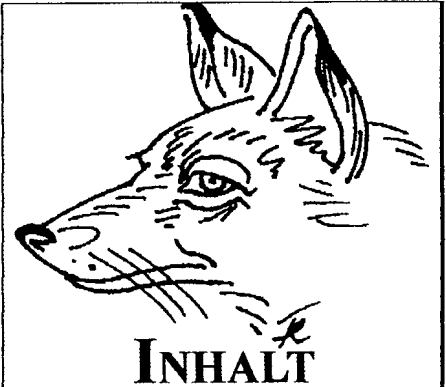
Der Mut des Kommunalpolitikers Dr. Martin Dressel

## Eklat in Weißensee

Auf der 35. Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Weißensee am 9. Dezember 1998 kam es zu einem Schlagabtausch zwischen dem mit einer genormten Mauer-Stacheldraht-Schießbefehl-Rede aufwartenden CDU-Bezirksverordneten Kanitz, der zweier 1961 und 1962 beim Grenzdurchbruch ums Leben gekommener Weißenseer „gedachte“, und dem PDS-Fraktionsvorsitzenden Dr. Martin Dressel. Der CDU-Mann hatte die auf ein Strafverfolgungsbeendigungsgesetz abzielenden Interview-Gedanken der couragierten PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Evelyn Kenzler - ihr war die eigene Fraktions- und Parteispitze mit einer befremdlichen Erklärung sofort in den Rücken gefallen - zum Anlaß von Beschuldigungen und Unterstellungen genommen. Dr. Dressel wies die antikommunistischen Tiraden zurück und äußerte sich zu Gründen und Hintergründen der DDR-Grenzsicherungsmaßnahmen vom 13. August 1961. Dabei kam er insbesondere auf die Rolle der sogenannten Grenzgänger zu sprechen, die im Osten gewohnt und im Westen gearbeitet hatten. Da ihnen der spekulative Wechselkurs ein Vielfaches des Einkommens eines Normalbürgers sicherte, fügten sie der DDR bei offener Grenze jahrelang schwersten wirtschaftlichen Schaden zu. Dem einen Riegel vorzuschieben, habe zu den Zielen des „Mauerbaus“ gehört, betonte Dr. Dressel unter Hinweis darauf, daß einer der beiden getöteten Weißenseer Grenzgänger gewesen sei. Nachdrücklich stellte er fest, daß „jeder Tote an der Mauer - und zwar diesseits wie jenseits - einer zuviel gewesen“ sei. Man müßte annehmen, daß sich die gesamte PDS-Fraktion nach dem Kanitz-Eklat sofort um ihren beherzten Vorsitzenden geschart und den An-

griff von rechts einmütig abgewehrt hätte. Doch das war leider nicht der Fall. Durch das in der PDS grassierende Virus des Abrückens von der DDR waren manche Bezirksverordnete verunsichert. Andere stellten sich de facto auf die Kanitz-Position. Während eine von gewissen Medien geschürte und hochgepeitschte Haßkampagne gegen Dr. Dressel losbrach, blieb dieser ohne jeden Schutz durch die Berliner Parteioberen. Das Gegenteil war sogar der Fall: Sein Rücktritt als PDS-Fraktionsführer wurde durch diese unumwunden eingefordert. Die gegen ihn angewandten Methoden waren „bewährten Vorbildern“, von denen sich die PDS sonst so gerne abgrenzt, entlehnt. Die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau, die es sich Jahr für Jahr nicht nehmen läßt, bei der „Ehrung“ des Dieppen-Senats am Kreuz für Peter Fechter - einen der beiden Weißenseer - trotz Abweisung durch die CDU-Ordner ein Blumengebilde niederzulegen, griff Martin Dressel ebenso heftig an wie der aufstiegsbewußte Weißenseer PDS-Bezirksvorsitzende Gernot Klemm. Damit wurde dem Kanitz-Eklat in der BVV noch ein weiteres Kapitel hinzugefügt. Zwischen zwei Fronten geraten und vom politischen Gegner wie von eigenen Leuten ins Kreuzfeuer genommen, hat Genosse Dr. Dressel, der beim sozialismustreuen Teil der Weißenseer PDS-Basis nach wie vor hohes Ansehen genießt, inzwischen die Konsequenzen gezogen, seine Funktionen abgegeben und schweren Herzens die Partei verlassen. (Die Austrittserklärung Dr. Dressels dokumentieren wir auf Seite 2. Siehe auch die Beiträge von Prof. Dr. Erich Buchholz, Wolfgang Clausner, und Walter Florath zur Grenzthematik)

**Klaus Steiniger**



<b>Eklat in Weißensee</b>	S. 1
<b>Beängstigend...</b>	S. 2
* Rede von Sahra Wagenknecht	
<b>Spurensuche</b>	S. 3
* Politischer Ausverkauf der PDS	
<b>Fulbrights Gewißheit</b>	S. 4
* Zu den Gründen des „Mauerbaus“	
<b>Wider den</b>	
<b>Geschichtsrevisionismus</b>	S. 5
<b>Der „Maueröffner“</b>	S. 5
<b>Antikommunisten „ehren“</b>	
<b>Kommunisten</b>	S. 6
<b>Polizeiprügel gegen LLL-Demo</b>	S. 6
<b>Ein alter Mann erzählt</b>	S. 7
* Lebensbericht eines Kommunisten	
<b>„Brain Drain“</b>	S. 8
<b>Weder Amnestie noch Amnesie!</b>	S. 9
<b>Ein Wort zu Rainer Rupp</b>	S. 9
<b>Wie Totschläger</b>	
<b>erfunden werden</b>	S. 10
<b>Tomaten auf den Augen?</b>	S. 11
<b>Die Politik der SED</b>	
<b>zur nationalen Frage</b>	S. 12
<b>GRH für Strafverfolgungs-</b>	
<b>beendigungsgesetz</b>	S. 13
<b>Lernenswertes aus China</b>	S. 14
<b>Retten kann uns nur eins...</b>	S. 15
* Aus „Glasnostj“ Organ der KPdSU	
<b>Vor 60 Jahren fiel die</b>	
<b>spanische Republik</b>	S. 16
<b>Kosovo - eine „ureigne</b>	
<b>deutsche Angelegenheit“</b>	S. 17
<b>Reporterskizzen (9)</b>	S. 18
<b>Am Rande bemerkt</b>	S. 19
<b>Leserbriefe</b>	S. 20
<b>Infos &amp; Anzeigen</b>	S. 24

*Aus der Rede von Sahra Wagenknecht auf dem 6. PDS-Parteitag*

## Ich finde es beängstigend ...

Die Motive, aus denen PDS gewählt wurde, waren bundesweit gewiß unterschiedlich. Aber was immer letztlich den Ausschlag gab: Sicher ist, daß wir für unsere bekannten inhaltlichen Positionen gewählt wurden und nicht dafür, sie nach der Wahl, Agenturmeldung für Agenturmeldung, zur Disposition zu stellen. Insofern finde ich es schon beängstigend, wenn im Parteivorstand der PDS der Versuch unternommen wird, ins Europawahlprogramm eine mögliche Zustimmung zu Militäreinsätzen der Bundeswehr hineinzuschreiben und dieser Antrag nur knapp unterliegt. Ich finde es beängstigend, wie eilig führende Genossen Bekenntnisse zur „Marktwirtschaft“ ablegen und die Profitgesellschaft zur „Demokratie“ erklären. (...) Ich finde es beängstigend, wenn die Forderung nach einem neuen Parteiprogramm ausdrücklich mit dem Ziel verknüpft wird, die PDS bis 2002 im Bund koalitionsfähig zu machen. Ich finde es beängstigend, wenn ein Mitglied der Fraktion öffentlich demontiert wird, weil es gegen bundesdeutsche Rachejustiz die bis heute gültige Beschlußlage der PDS vertreten hat. Ich finde es beängstigend, wenn die Zusammenarbeit mit einem Genossen, der im Kalten Krieg jedenfalls nicht für die

Seite arbeitete, die die Hochrüstung vorantrieb und bis heute atomare Erstschläge ins Kalkül zieht - wenn eine solche Zusammenarbeit zum Anlaß lautstarker Distanzierungen wird. Ich finde es beängstigend, wenn ein neugebackener Minister Helmut Holter nicht nur selbst nichts mehr gegen den Transrapid unternimmt, sondern jeden Widerstand als unsinnig und aussichtslos abkanzelt; wenn die CDU - laut ND - die „Solidarität und Verlässlichkeit“ der SPD-PDS-Koalition lobt, dagegen der Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommerns, der selbst PDS-Mitglied ist, den vermeintlich öffentlich geförderten Beschäftigungssektor der neuen Regierung als Farce empfindet, die an der Misere im Land wenig ändern wird. Wenn das unser Weg ist, wo gehen wir hin? Nehmen wir so Verantwortung wahr, um soziale Alternativen zu erreichen? Oder lassen wir uns nicht eher vereinnahmen für eine Politik, die die Entwicklung außerparlamentarischer Bewegung und den Kampf um wirkliche Alternativen eher erschwert als begünstigt? Werden wir, wenn wir so weitermachen, in fünf Jahren noch sein, was wir heute sind: eine glaubwürdige,

sozial engagierte linke Partei mit sozialistischen Zielen. Mir graut vor dem Tag, an dem auch die PDS ihren Schily oder Fischer hervorgebracht haben könnte! Und dabei geht es nicht nur um politische Biographien mit gebrochenem Rückgrat. Es geht um verspielte Chancen, brüskierte Erwartungen und nicht wahrgenommene Verantwortung. (...) Wir brauchen nicht programmatische Rückzüge, sondern konkrete sozialistische Konzepte und Visionen. (...) Nichts wäre für unsere Akzeptanz tödlicher als der Eindruck, daß auch wir jetzt im Gekugel der Macht angekommen sind, daß auch wir an einer Politik teilhaben, die soziale Leistungen kürzt, Armut ignoriert und Flüchtlinge abschiebt. (...) Widerstand und Druck von unten tun unter Schröder nicht minder not als zu Kohls Zeiten.

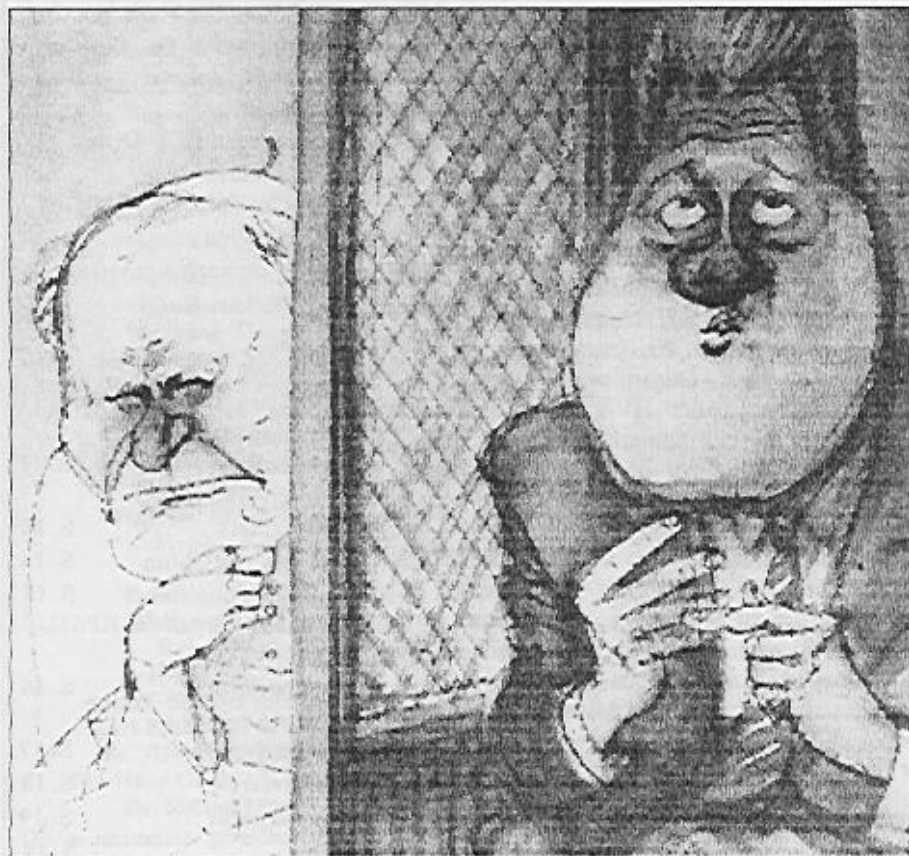
### Erklärung zu meinem Austritt aus der PDS

Nach tagelanger Bedrängung, Hetze und Verleumdung - bis hin zu persönlichen Drohungen - durch die bürgerliche Presse, die von Frau Petra Pau und Herrn Gernot Klemm flankiert wurde, erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Ich gehe diesen Schritt auch auf ausdrücklichen Wunsch von Frau Pau (PDS) und Herrn Böger (SPD), die meinen möglichen Austritt vorhergesagt bzw. die Niederlegung meines Mandats als Bezirksverordneter in Weißensee gefordert haben.

Anlaß für die Kampagne gegen mich war bekanntlich eine Äußerung zu einer der Ursachen für den Bau der Berliner Mauer. Diese Äußerung ist von einem großen Teil der Medien und auch von Verantwortlichen der PDS verfälscht und gegen mich verwandt worden. Tatsächlich ist für jeden, der sich der Mühe unterzieht, meine Worte vor der BVV Weißensee am 9. Dezember 1998 nachzulesen, klar erkennbar, daß ich die Auffassung vertreten habe (und sie nach wie vor vertrete), daß das deutsch-deutsche Verhältnis während der Teilung Deutschlands - und dazu zählt auch die Geschichte der Grenzabspernungen - objektiv und gründlich aufgearbeitet werden muß. Nichts darf unter den Teppich des Vergessens gekehrt werden. Der PDS kommt bei dieser kritischen Aufarbeitung angesichts der derzeitigen Struktur ihrer Mitgliedschaft eine besondere Rolle zu. Doch wenn die Partei den zunehmenden Prozeß der Leugnung historischer Wahrheiten und der fortdauernden Entschuldigung zur Grundlage ihrer Existenz machen will, wird sie als sozialistische Partei unglaubwürdig.

Es ist schmerzlich, mit ansehen zu müssen, wie der Lebensinhalt vieler Genossen verfälscht und mißbraucht wird. Die Zeit ist reif, den Kopf zu heben und nicht die Hände!

29. Dezember 1998  
Dr. Martin Dressel



*Der Papst gewährte Präsident Clinton eine Privataudienz*

## Über Leute, die den Ausverkauf der PDS betreiben

# Spurensuche

Als gewiefter Taktiker weiß Gregor Gysi, der Kopf des Parteiputsches von 1989, wie man die „Wende“ inszeniert und die Genossen „einstimmt“. Am Besten, indem man sie einfach vor vollendete Tatsachen stellt. Auch das Aufzwingen der eigenen Meinung gehört zu diesem Ritual. Am Vorabend des 6. PDS-Parteitages - am 15. Januar 1999 - ließ Gysi seine „Erwartungen“, wie ein „schärferes Profil“ der PDS aussehen müsse, in Form einer simplen Meldung als Spitzenbeitrag auf S. 1 ins ND bringen. Man schulde der „Bevölkerung“ noch die Antwort, „was wir unter demokratischem Sozialismus im 21. Jahrhundert verstehen“. Der eigentliche Chef der PDS verzichtete diesmal aufs Hakenschlagen und kam direkt zur Sache. Die Partei, die im Jahre 2002 „auf Bundesebene koalitionsfähig“ sein müsse, könne nicht zugleich „widerspruchsfrei antikapitalistisch“ und „widerspruchsfrei in der Gesellschaft etabliert“ sein. Mit anderen Worten: Weg mit antikapitalistischem Dekor!

Gysi fügte hinzu, in der PDS dürfe man „keine Stimmungen dulden, die auf eine pauschale Rechtfertigung der DDR“ hinausliefen. Das ist ein Frontalangriff auf das Denken der meisten PDS-Mitglieder und deren Biographien.

Im unmittelbaren Vorfeld des Kongresses hatte Andre Brie, ein weiterer „Vordenker“ des rechten und SPD-nahen Parteiflügels, in offensichtlicher Arbeitsteilung mit Gysi „die Strategieunfähigkeit“ der PDS und den „fehlenden Mut, realistisch zu analysieren und Konflikte auszutragen“, bemängelt. Nach der Bundestagswahl war von Brie, der die Fähigkeit besitzt, einen Kieselstein in die Pfütze zu werfen und dadurch das Rauschen der Weltmeere hervorzurufen, festgestellt worden, die PDS sei „auf dem Weg, in der Bundesrepublik anzukommen“ und habe maßgeblich dafür gesorgt, „daß die Bundesrepublik in einer europäischen Normalität ankommt, die von der Existenz und Akzeptanz linker Parlamentsparteien gekennzeichnet ist.“ Sie müsse nun „ihre programmatischen und politischen Grundlagen weiter klären.“

Brie und anderen geht es um ein „Godesberger“ Programm der PDS!

Diese Politik verfolgt Brie schon seit zehn Jahren. Bis zur Rückwende von 1989 Dozent und Lehrstuhlleiter am Institut für Internationale Beziehungen, dem Diplomatenkolleg der DDR, gehört er zu den maßgeblichen Wegbereitern des Revisionismus in der PDS, der den Sieg der Konterrevolution aktiv begünstigte. Er brachte für den nun einsetzenden Werdegang eines typischen Opportunisten günstige Voraussetzungen mit. Neben seinem ausgeprägten Karrieredenken, gepaart mit starker Geltungssucht, waren vor allem Einflüsse der sich in der UdSSR verbreitenden antimarxistischen Ideologie Gorbatschows und gewisse Erfahrungen auf seinem unmittelbarem Arbeitsfeld als Experte für internationale Sicherheit und militärisches Gleichgewicht von Bedeutung. Die drei Bücher, die Brie vor 1990 veröffentlichte, ließen deutliche Tendenzen der einseitigen „Rangerhöhung der Politik der friedlichen Koexistenz“ bei gleichzeitiger „Aushöhlung des Leninischen Inhalts dieser Politik als Form des Klassenkampfes“ (s. Kurt Gossweiler, *Wider den Revisionismus*, S. 328 ff.) erkennen. Im Herbst 1989 zählte Brie zu jenen, welche die sofortige Auflösung der SED betrieben. Er nahm Kontakt zu Bärbel Bohley auf, in deren Wohnung er sich Anfang 1990 mit weiteren „Bürgerrechtlern“ in der Absicht traf, ein gemeinsames Wahlprojekt - genannt „Die Opposition“ - zusammenzuzimmern. Insider gehen davon aus, daß Brie, der jahrelang für die HVA als Informant gearbeitet hatte, damals im Einklang mit Markus Wolf handelte, der zu dieser Zeit davon geträumt haben soll, PDS-Vorsitzender zu werden.

Mit dem 6. Parteitag hat die PDS-Führung erste Pflöcke für ein neues, durchgängig revisionistisches Programm eingeschlagen. Wie dieses aussehen sollte, verdeutlichte ein Artikel, den der Ex-Kommunist und Neo-Reformist Wolfgang Gehrcke am 9./10. Januar 1999 ganzseitig im ND veröffentlichte. Der stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende will damit der nun offen angestrebten Regierungsbeteiligung seiner Partei auf Bundesebene den Weg bahnen. Nachdem er der Schröder-Fischer-Koalition „strategische Unterschiede“ zur Kohl-Regierung bescheinigt hat, über-

nimmt er das Wirtschaftskonzept der SPD vom „Umbau der Verfügungsverhältnisse“, um dann festzuhalten, daß der PDS „bei der Profilierung dieser Richtung“ eine „wesentliche Aufgabe“ zufalle.

Die Katze aus dem Sack läßt Gehrcke vollends, wenn er das „Schröder-Konzept“ des „besseren Fitmachens für die Globalisierung“ unter einer SPD-Regierung akzeptiert und dazu die als „moderne Sozialpolitik“ ausgegebene Forderung nach Fortsetzung des Sozialabbaus unterstützt. „Nur die Erhaltung oder Wiederherstellung alter sozialstaatlicher Regelungen zu fordern, ist keine zeitgemäße Alternative“, heißt es bei Gehrcke. Die PDS müsse „neue eigene Antworten auf veränderte Bedingungen“ geben und sich „glaubwürdig in die beginnende Diskussion um die Neulegitimierung des Sozialstaates einbringen.“ Das rechnet Gehrcke dann zu den Voraussetzungen, um „ein neues Gleichgewicht zwischen hochleistungsorientierter Exportwirtschaft und den regionalen Wertschöpfungskreisläufen“ wiederherzustellen. Schon die Sprache ist bezeichnend. Unmißverständlich schlußfolgert der Mann des rechten PDS-Flügels schließlich, daß „die Partei nicht so bleiben kann, wie sie ist“, wenn „wir den neuen Herausforderungen nachhaltig entsprechen wollen“. Eine „Parteireform“ müsse her. Das war auch der Tenor, in dem sich Gysi u. a. auf dem Parteitag ergingen. Anders ausgedrückt: Es geht um einen „Austausch“ der Parteimitglieder, um die weitere Verdrängung DDR- und SED-geprägter Sozialisten.

In einer ND-Kolumne am 16./17.1.1999 forderte FU-Professor Fritz Vilmar, einst Mitglied der SPD-Grundwertekommission, die PDS auf, „ihren Anspruch zu erfüllen, die maßgebliche links-sozialdemokratische Partei in Deutschland zu werden.“ Sollten die genannten Vorstellungen, bei denen selbst Bernstein und Kautsky verblassen, in ein künftiges PDS-Programm einfließen, dann würde sich die PDS allerdings nicht links von der SPD, wie die Parteispitze immer vorgibt, sondern neben ihr und selbst rechts vom linken Flügel der SPD positionieren.

Gerhard Feldbauer

## In eigener Sache

Der „RotFuchs“ ist mit dieser Ausgabe ein Jahr alt geworden. Damit ist der erste Wegabschnitt zurückgelegt. Auch in Zukunft werden wir uns von einer klaren marxistisch-leninistischen Position aus einmischen und zur Sammlung linker Kräfte beitragen. Wir danken unseren vielen treuen Lesern in Ost und West, Nord und Süd für ihre mannigfache Unterstützung, für ihre uns ermutigenden Briefe und Beiträge. Wir bitten auch weiterhin um solidarische, freundschaftliche und kritische Begleitung, wie sie in unzähligen Leserbriefen immer wieder zum Ausdruck gekommen ist. Bleibt bitte dran!

Redaktion

## Zur Rolle von Grenzgängern und zu anderen Gründen des „Mauerbaus“

# Fulbrights Gewißheit

Vor den Bundestagswahlen haben sich führende Leute der PDS - ja, vor wem? - für alles mögliche entschuldigt, so auch für den Bau der „Mauer“ am 13. August 1961. Der Vorsitzende der Weißenseer PDS-Fraktion, Genosse Martin Dressel, war damit nicht einverstanden. Laut „Berliner Zeitung“ vom 23.9.1998 sagte er, „die sogenannten Grenzgänger“ ... seien ... „mitverantwortlich für den Bau der Mauer“. Unter massivem Druck der „Entschuldiger“ erklärte Genosse Dressel dann seinen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender. Hat Dressel recht, daß die „Grenzgänger“ den Bau der Mauer mit verursachten?

Die Gründung der DDR war eine Folge der Politik der westlichen Besatzungsmächte, die 1946 mit dem Bruch des Potsdamer Abkommens begannen. Am 20.12.1947 schrieb die „New York Herald Tribune“: „Die Aufteilung Deutschlands wird uns freie Hand geben, Westdeutschland in ein System der Westmächte einzubauen.“ 1948 erfolgte die separate Währungsreform im Westen und damit die Spaltung, denn einen einheitlichen Staat mit zwei Währungen kann es nicht geben. Am 7. September 1949 konstituierte sich der westdeutsche Bundestag. Erst am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet. Die BRD bezeichnete sie jahrzehntelang als „Sowjetzone“ und behandelte sie entsprechend.

„Lieber das halbe Deutschland ganz/ als das ganze Deutschland halb“, war Adenauers Devise. Aber es ging nicht nur um Ablehnung der Wiedervereinigung, sondern auch um Bekämpfung, Zersetzung und Zerschlagung der DDR.

Eine besondere Rolle spielte dabei Westberlin. In der Mitte eines nunmehr sozialistischen Staates gelegen, galt es als „Frontstadt“, als „Pfahl im Fleisch der Ostzone“. Westberlins Bürgermeister Ernst Reuter bezeichnete es als „billigste Atombombe, mit der man die Sowjetzone in die Luft sprengen“ könne. Er erklärte weiter, Westberlin sei „die Türklinke, mit der das Tor nach dem Osten aufgestoßen“ werden müsse. Wörtlich sagte er: „Wir wirken wie Dynamit auf die Ostzone, und wir werden den Druck auf die Ostzone in einem Ausmaß verstärken, das sich die wenigsten heute vorstellen können.“ Das erklärte er übrigens vor dem 17. Juni 1953, für den ja auch einige Leute in der PDS-Führung ein Dauer-Entschuldigungs-Abonnement besitzen.

Um aber Teile der Bevölkerung zu demoralisieren, bedurfte es nicht nur heißer Sprüche, die manchen davon abhielten, sich für die DDR zu engagieren. Westberlin mußte

auch zum „Schaufenster der freien Welt“ herausgeputzt werden. Die USA, in denen durch Kriegseinwirkung auf dem Festland kaum eine Fensterscheibe kaputtgegangen war - lediglich in Kalifornien hatten die Japaner einige Bomben abgeworfen -, nutzten ihre ökonomische Überlegenheit, um Westberlin mit Hilfe von Milliarden Dollar zu Magneten für so manchen Ostbewohner zu machen. Die Zahl der Grenzgänger mit regulären Arbeitsverhältnissen stieg von 38.298 im Jahre 1958 auf 63.000 im Jahr 1961. Hinzurechnen muß man etwa 40.000 Leute, die im Westen Gelegenheitsarbeit verrichteten. Auf Kosten aller Bürger der DDR profitierten also etwa 200.000 bis 300.000 Menschen in Ostberlin und seinem Umland von der Grenzgängerei, die allein durch Produktionsausfälle in unseren Betrieben riesige Verluste verursachte. Immer öfter kam es vor, daß zu Schichtbeginn dieser oder jener Kollege nicht erschien, was sich besonders störend an Fließbändern auswirkte. Allgemein sank die Arbeitsmoral. In einem Treptower Betrieb erklärten mir Arbeiter, sie müßten eigentlich eine monatliche Treueprämie von 200 bis 300 Mark bekommen, wenn sie hier blieben; würde das Geld nicht bald gezahlt, gingen sie eben „nach nebenan“.

Zu allem kamen hohe Verluste durch die maßlosen Einkäufe der Westberliner, die sich die billigen Lebensmittel aus dem Osten holten, bei uns zum Friseur gingen, die Restaurants bevölkerten.

Der Imperialismus hoffte 1961 auf eine baldige, totale Destabilisierung der DDR, die Gelegenheit böte, die „Sowjetzone“ auch ohne Krieg zu „befreien“. Doch militärische Schritte - heute „friedenserhaltende Missionen“ genannt - wurden keineswegs ausgeschlossen. „Wo man auch ein Gespräch mit Kennedys Berlin-Experten beginnt, immer kommt man zu dem Kernsatz: ‚Bereit sein, für Berlin zu kämpfen ... Wir müssen sogar bereit sein, einen Krieg zu führen, der auch einen großen Teil unseres eigenen Landes zerstören könnte‘“, las man unter der Überschrift „Die Frontstadtplaner des Weißen Hauses“ im „Spiegel“.

Am 2. August 1961 sagte Franz Josef Strauss nach seiner Rückkehr aus den USA: „Unsere Planung (in der Berlin-Krise): Am Anfang diplomatisch-politische Schritte, in der Mitte ökonomisch-technische und am Ende militärische.“

Natürlich berieten die Warschauer-Pakt-Staaten, wie man die Lage entschärfen könne. Aber das Präziseste, was zu dieser Thematik gesagt wurde, kam zunächst nicht von dort. Es kam vom Vorsitzenden des

Außenpolitischen Ausschusses im USA-Senat, J. William Fulbright. Er, der einer Fraktion imperialistischer USA-Politiker zuzurechnen war, denen das Risiko eines Krieges zu hoch erschien, erklärte am 30. Juli 1961 nüchtern: „Die Wahrheit ist doch, und davon gehe ich aus, daß die Russen die Grenze sowieso jederzeit zumachen können. Ich meine, wir geben da nicht allzuviel auf ... denn, wenn sie die Grenze abriegeln wollen, könnten sie das schon nächste Woche tun - und sogar ohne vertragsbrüchig zu werden. Ich verstehe nicht, weshalb die Ostdeutschen ihre Grenze nicht schon längst zugemacht haben. Ich glaube, sie besitzen jedes Recht dazu.“

Die Erklärung des für seinen realistischen Blick bekannten Senators wurde seinerzeit im Westfernsehen gesendet. Sie wirkte auf mich fast wie ein Befehl: Nun tut endlich etwas, damit der Kalte Krieg nicht zum heißen wird!

Nach dem 13. August stabilisierte sich die Lage in der DDR rasch. 1967 konstatierte Prof. Jean Edward Smith von der kanadischen Universität Toronto nach einer Reise durch unser Land: „Die Flüchtlingsabwanderung beraubte die DDR ihrer produktivsten Kräfte ... Fügt man die Gefahren hinzu, daß ein einzelner Zwischenfall das Pulverfaß hätte entladen und möglicherweise einen weltweiten Brand entzünden können, so werden die Gründe für die Schließung der Grenze offensichtlich.“ Smith hatte ein „neues Empfinden“ nach dem 13. August bemerkt und sprach sogar von einem sich „in Ostdeutschland vollziehenden Wirtschaftswunder“.

Noch etwas: Heute wird immer viel von den Toten an der Mauer geschrieben. Gemeint sind ausschließlich jene, die - oftmals mit Hilfe von Agenten- und Schleuserzentralen - die DDR verraten wollten. Wer spricht von den 25 auf ihrem Posten durch Banditen erschossenen oder erschlagenen DDR-Grenzern? Die Beschäftigung eines Gerichts mit dem Mörder Reinhold Huhns, der am 18. Juni 1962 fiel, ist da wohl eine Ausnahme. Ihm aber winkt ein mildes Urteil. Den Jüngeren müssen wir auch das berichten: Die „Mauer“ bestand zunächst aus Menschen. Tja, keine Hubschrauber setzten Betonblöcke auf die Grenzlinie, sondern Berliner Bauleute zogen sie hinter dem Schutzriegel von Kampfgruppenangehörigen - Genossen und parteilosen Arbeitern und Angestellten aus Großbetrieben - sehr schnell hoch. Sie waren zufrieden, daß nun endlich Ruhe in die Hauptstadt einkehrte.

**Walter Florath**

## Bewegender Abend mit MfS-General Prof. Dr. Willi Opitz

# Wider den Geschichtsrevisionismus

Seit der ersten Stunde der in eine „Wende“ umgefälschten Konterrevolution zur Zerschlagung der DDR und des Sozialismus im Herbst 1989, auf die der äußere Gegner seit Jahrzehnten hingearbeitet hatte und in die er bei nun geöffneter Grenze sofort mit beiden Backen hineinblies, wurden die Genossen des MfS zum Haßobjekt Nr. 1, zum Freiwild erklärt. Das hatte gute Gründe: Sie waren - solange ihr Apparat funktionierte - neben der Partei das Haupthindernis für die totale Machtergreifung mit dem Imperialismus verbundener Kräfte, die sich damals als „Bürgerrechtler“ tarnten. Während die Akteure des Gysischen Parteiputsch kleinbürgerlicher Intellektueller dafür sorgten, daß die SED durch Auflösung ihrer Organisationen schlagartig aus Betrieben, Institutionen und bewaffneten Organen verbannt wurde, beförderten sie zugleich eine zügellose Hetzkampagne gegen die Genossen des MfS. Diese wurden im Zuge der „Selbstreinigung“ knallhart fallengelassen und in aller Öffentlichkeit - auch in parteieigenen Medien wie dem ND - bespuckt, verleumdet und durch den Schmutz gezogen. Ununterbrochen war von ihren „Verbrechen“ die Rede. So schürte man ein regelrechtes Lynchklima. Statt sachlich zu übertriebenen Sicherheitsmaß-

nahmen der letzten Jahre der DDR Stellung zu nehmen, wurde in Bezug auf das MfS, dessen durch erbärmliche Straffrenten und andere Ausgrenzungsbeschlüsse diskriminierte Mitarbeiter von der PDS-Spitze keinerlei Solidarität erfuhren, der schlimmste Geschichtsrevisionismus betrieben. Wir Kommunisten treten dieser Hexenjagd auf das entschiedenste entgegen. Das wurde auch am Abend des 22. Dezember 1998 auf einer überfüllten Veranstaltung mit Generalmajor a. D. Prof. Dr. Willi Opitz deutlich, zu der die DKP-Gruppe Berlin-Nordost eingeladen hatte. Viele der dort als Gäste anwesenden ehemaligen Tscheckisten spürten zum ersten Mal seit dem Sieg der Konterrevolution, den auch sie nicht hatten verhindern können, seitens einer politischen Partei wieder das Gefühl kämpferischer Solidarität, revolutionärer Verbundenheit und menschlicher Wärme. Der ehemalige Rektor der MfS-Hochschule Potsdam-Eiche, der zu dem Thema „Muß eine Revolution geschützt werden?“ sprach, zeichnete ein korrektes und ausgewogenes Bild von der Arbeit der Sicherheitsorgane des sozialistischen deutschen Staates. Eindringlich schilderte er den diametral entgegengesetzten Charakter der Gründergenerationen des MfS der DDR und der

entsprechenden bundesdeutschen Organe: Hier ehemalige KZ-Häftlinge, antifaschistische Widerstandskämpfer, Veteranen des Spanienkrieges und Rote Partisanen - dort Gestapo- und SD-Leute, der Abschaum der Hitleristen. Eingehend setzte sich Willi Opitz, dessen spannendem Vortrag eine lebhaft Diskussions mit zahlreichen Beiträgen auch von „Insidern“ folgte, mit den Fälschungspraktiken der als Gauck-Behörde bezeichneten Filiale der BRD-Dienste zur Delegitimierung und Diskreditierung des MfS auseinander. Der Redner machte auch um Defizite der eigenen Arbeit und die zunehmende Nichtbeachtung wichtiger Hinweise durch die Honeckersche Parteiführung keinen Bogen.

Alles in allem: Ein bewegender Abend, der nicht nur den über hundert Teilnehmern, sondern auch vielen anderen, die davon erfuhren, die Botschaft übermittelte, daß jene nicht allein, verstoßen und vergessen sind, die in den stürmischen und schweren Jahren des erstmaligen Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden deren verlässliche Wachtposten waren.

R.F.

## Eine Seifenoper im „Neuen Deutschland“:

# Der „Maueröffner“

Der journalistische Schlängler zwischen zwei Welten, ND-Redakteur Dr. Claus Dümde, der in alten Zeiten stets um kürzeste Distanz zu seinem damaligen Chefredakteur Günter Schabowski bemüht war, hat unlängst des einstigen PB-Mitglieds und heutigen Rothenburger Käseblattgestalters auf zu Herzen gehende Weise gedacht. Anlässlich des 70. Geburtstages seines einstigen Förderers. Ganz standesgemäß. Unter Angabe aller verflossenen Titel und Ränge des Mäzens. Auf Seite 2 des ND. Mit höflich und höfisch retuschiertem DPA-Bild, das die rüde Physiognomie des Altmeisters seltsam menschlich erscheinen ließ.

„Geöffnet“ stand über Dümdes artigem Artikelchen. Damit war gemeint, daß Schabowski, der mit lumpiger Berechnung - dem einzig Berechenbaren an seinem Charakter - der früher von ihm zur Schau gestellten Gesinnung abschwor, allein durch eine Herostratentat (im alten Athen zündete Herostratos den Diana-Tempel auf der Akropolis an, da er nur so zu ewigem Ruhm gelangen konnte) „Geschichte zu machen“ vermochte: dem angeblichen oder tatsächlichen Überrumpelungsschlag vom 9. Novem-

ber 1989 - der zu diesem Zeitpunkt nicht erwarteten „Maueröffnung“. Sie leitete und läutete das beschleunigte Ende der DDR ein. Herr Dümde schielt nach Rothenburg und macht einen artigen Kotau, als wäre Schabowski noch in Amt und Würden: „Das trug ihm die Sympathien des ‘Mannes auf der Straße’ ein, aber auch den Haß jener, die glauben, es gäbe die DDR noch heute, wenn ‘man’ damals nicht nachgegeben hätte.“ Klare Distanz zu den Ewiggestrigen, den stalinistischen Betonköpfen, die vom Kommunismus die Schnauze noch immer nicht voll haben. Gut so!

In seinem Prozeß habe er „weder leichthin noch von ungefähr“ das „Bekenntnis“ abgelegt, „daß keine Weltverbesserungsideologie den Tod von Flüchtlingen an der DDR-Grenze“ rechtfertige. Wie steht der Held von Rothenburg eigentlich zu den toten Flüchtlingen an der BRD-Grenze - den in Oder und Neiße ertrunkenen, in Schlepper-Containern erstickten oder von Zollbeamten erschossenen? Und zu der Legion vom Westen her oder durch verräterische Schurken ermordeter Grenzsoldaten des sozialistischen deutschen Staates? Bitte nicht vom Thema ablen-

ken: Hier steht allein die Schmähung der DDR auf der Agenda.

Noch mehr in dieser Preislage? „Für manche (!!) ist Schabowski ein ‘Wendehals’“, räumt Dümde ein. „Sie kennen den Mann nicht“. (In der Tat: Dümde kennt ihn infolge jahrelangen zähen Antichambrierens viel besser!) Wenn auch sein Weg nach oben „nicht ohne Opportunismus“ (da weiß Dümde ebenfalls bescheid!) bewältigt worden sei - nein: Schabowski habe „seinen Kopf nicht nur zum Haareschneiden“ gehabt und „Widerspruch mit Argumenten“ gewagt. Donnerwetter: Die „Opfer“ saßen demnach sogar im Politbüro!

Ja, Choleriker sei er gewesen, aber „menschlich im Umgang mit seinen ‘Leuten’“. Und er habe „Haushalt wie Kinder geschmissen, wenn seine Frau sich als Fernsehmoderatorin gefiel“.

Glamour und Rührseligkeit. Eine Seifenoper aus dem „Neuen Deutschland“, bei der man still eine Träne zerdrückt. Der herostratische „Maueröffner“, der zum politischen Strichjungen wurde, spielt darin seinen Part - bis zum Erbrechen.

K.S.

## Wie „Neues Deutschland“ die KPD zu delegitimieren sucht Antikommunisten „ehren“ Kommunisten

Das ND ist zweifellos die politisch bedeutendste linksbürgerliche Zeitung, die heute in Deutschland erscheint. Vielleicht nicht die journalistisch bestgemachte, aber die wichtigste, wenn auch der Untertitel „Sozialistische Tageszeitung“ trügt, handelt es sich doch eher um ein liberales Blatt, in das hier und dort auch Sozialistisches hineingesprenkelt wird. Vor allem aber Antikommunismus. Manchmal grob und primitiv, meistens jedoch etwas subtiler. Gewissermaßen in „bekömmlicher Dosierung“ für auf Dauerbehandlung eingestellte „Patienten“. Die verheerenden Nebenwirkungen - hilfloses Hin- und Her-Taumeln, ideologische Vergiftungserscheinungen und Trübung des klaren Blicks - sind an so manchen Leserbriefen deutlich zu erkennen.

Die Hauptform des vom ND, das natürlich auch unverzichtbare Informationen - zum Beispiel über das Neueste aus Bries Käseküche - anbietet, präsentierten Antikommunismus ist „differenzierte Geschichtsaufarbeitung“. Auf dieser Strecke verfügt die Zeitung über ein schier unerschöpfliches Reservoir von Ideen und eine ganze Garde pseudowissenschaftlich daherkommender Starschreiber hoher akademischer Ränge. Sie sollen nachweisen, daß das „sozialistische Experiment“ und die „kommunistische Utopie“ (natürlich aufgrund „systemimmanenter“ Mängel) gescheitert, verworfen, ja kriminell sind.

In den letzten Monaten hatten die Geschichtsseiten des ND (und nicht nur sie) ein tragendes Motiv: Die antikommunistisch eingefärbte „Würdigung“ der deutschen Kommunisten und hier in erster Linie die Demontage der KPD der 20er und 30er Jahre. Nun behauptet ja niemand, daß das früher gezeichnete Bild immer vollständig oder ausgewogen gewesen sei. Sicher gab es in der Darstellung dieses heroischen Kapitels in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung auch Lücken, Einseitigkeiten und Überhöhungen. Aber das in jüngster Zeit noch verstärkte Trommelfeuer gegen die Politik der Kommunisten wurde nicht etwa veranstaltet, um der historischen Wahrheit Gehör zu verschaffen. Hier ging es um etwas ganz anderes: Das Ziel besteht offensichtlich darin, die mehrheitlich aus der SED stammenden PDS-Mitglieder - sie bilden das Gros der Leser des „Zentralorgans“ der Partei des Demokratischen Sozialismus - von entscheidenden historischen Quellen und Wurzeln ihrer eigenen Vergangenheit ideell und ideologisch abzuschneiden. Denn bis heute fühlen sich

die meisten Genossinnen und Genossen der PDS mit einer Tradition verbunden, zu der auch die Geschichte der KPD gehört.

Einen Gipfelpunkt „differenzierter Neuauslegung“ bildete zweifellos der Artikel des Stuttgarter Alt-KP-Nullers Theodor Bergmann, der im ND vom 2./3. Januar 1999 unter der Dachzeile „KPD und KPD-O - ein doppeltes Jubiläum“ erschien. Dieser „Festbeitrag“ zum 80. Jahrestag der Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, Wilhelm Piecks und Ernst Thälmanns stellte die Geschichte der KPD - von deren Gründung bis zum Jahre 1933 - aus der Sicht nichtleninistischer und explizit antisowjetischer Kräfte dar. Die Absicht der Chefredaktion des ND, kommunistische Jubiläen durch zur Linken zählende ideologische Gegner der Kommunisten zu „bedienen“, wurde mit der Gastkolumne des Soziologen und Philosophen Oskar Negt noch überschaubarer. Der Professor aus Hannover hatte seinen Beitrag zum 80. Jahrestag der Ermordung von Karl und Rosa überschrieben: „Die Ideale zweier integrierter Demokraten“. Im Text wird der Massenheroismus, die vieltausendfache Integrität der deutschen Kommunisten, die später den illegalen Widerstand organisierten, durch Hitlers Konzentrationslager gingen, in Spanien, in der französischen Resistance und als Rote Partisanen an der Seite der Sowjetarmee kämpften oder auf dem Schaffott starben, durch den unverschämten Satz „relativiert“: „So gehörten beide zu jenen wenigen Persönlichkeiten der revolutionär-sozialistischen Tradition, deren moralische Integrität praktisch unangefochten ist.“ Die Reduzierung der proletarischen Klassenkämpfer Liebknecht und Luxemburg auf „integre Demokraten“ - und das waren sie zweifellos auch - entspricht der eingeschränkten Optik des ND. Doch sein Autor Negt legt noch zu. Er ordnet seine Gedanken ganz in das Totalitarismus-Raster der Geschichtsklitterer ein, wenn er schreibt: „Sie starben beide, bevor sie ins Räderwerk der stalinistischen Säuberungen geraten konnten“. Und weiter heißt es da: „Unter ihrem Einfluß wären klarere Konturen des westlichen (!) Sozialismus entstanden, der sich der Sowjetisierungsmaßnahme besser hätte widersetzen können.“

Man „ehrt“ die Kommunisten, indem man den Kommunismus schmäht. Das ist der „linke“ Brei des „Neuen Deutschland“ - einer trotz allem unverzichtbaren Zeitung, die ihre Spalten Besserem öffnen sollte.

S.R.

## Zu Saberschinskys Prügelorgie bei der LL-Demo

### „Freiheit“, die sie meinen

Als die Sicherheitsorgane der DDR im Vorfeld der LL-Demo 1988 eine vom westdeutschen Fernsehen bestellte Provokation unterbanden - damals wollten Feinde des Sozialismus wie die „Bürgerrechtlerin“ und spätere CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld (Wollenberger) die Revolutionärin Rosa Luxemburg mit einem Transparent „ehren“ -, wurde eine „internationale Protestwelle“ losgetreten. Die getroffenen Hunde bellten um die Wette. Obwohl beim Eingreifen von Volkspolizei und MfS niemand körperlich zu Schaden gekommen war und die Verhafteten bald darauf zum Studium in den Westen ausreisen konnten (einige von ihnen wären allerdings lieber in der DDR geblieben, um ihre medienwirksame Wühltätigkeit dort fortzusetzen), wurde sofort die imperialistische Sprachregelungs-Walze für solche Fälle, es handle sich um „Menschenrechtsverletzungen“, in Gang gesetzt. Und seitdem kennen und strapazieren alle, die sonst niemals auch nur eine Silbe von Rosa Luxemburg gelesen haben, das willkürlich aus dem Zusammenhang gerissene Zitat auf dem Wollenberger-Transparent: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Daß die Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands damit Freiheit für die unterdrückten proletarischen Massen, keineswegs aber für die konterrevolutionären Banden ihrer späteren Mörder - also für „jedermann“ - einforderte, geht den als Geschichtsfälschern daherkommenden Kolporteurs des Luxemburg-Gedankens nicht durch den Sinn.

Am 10. Januar 1999 haben die Parteifreunde von Vera Wollenberger-Lengsfeld - Polizeisenator Eckhard Werthebach (Ex-Chef des Bundesverfassungsschutzes) und Polizeipräsident Hagen Saberschinsky, der die uniformierten Schlägergarden an Ort und Stelle befahl - wieder einmal vorgeführt, was die Bourgeoisie und ihr Staat unter „Freiheit der Andersdenkenden“ verstehen. Unzählige Male wurden die Kolonnen der traditionellen LL-Demo zwischen Lenin-Platz und Friedrichsfelde von den im Zörgiebel-Geist abgerichteten und antikommunistisch aufgeheizten „Marsmenschen“ der Bereitschaftspolizei auf das Brutalste überfallen. Hundestaffeln und Berittene wurden „an die Front geworfen“. 34 Verhaftete, weit mehr Mißhandelte lautete die Bilanz des wackeren Polizeieinsatzes gegen 15 000 friedliche Demonstranten „linker Randgruppen“ wie der DKP und bedeutender Teile der PDS-Basis. Die da

niedergeschlagen, gestoßen und getreten wurden, waren Erben und Geistesgenossen Karls und Rosas

Vera Wollenberger - die „freiheitsheischende“ Provokateurin von einst - und ihre jetzt durch die Braunen offen unterstützte schwarze CDU aber klatschten der Polizeiorgie Beifall. So weiß jetzt jeder, worauf die Wollenberger und deren Anhang 1988 am Frankfurter Tor hinauswollten. Es ging ihnen nicht um die „Freiheit der Andersdenkenden“, sondern einzig und allein um die Vorbereitung der Konterrevolution, um den Sturz des Sozialismus, für den Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gekämpft hatten und zu Märtyrern geworden waren

Diejenigen aber, welche seit 1990 im Zuge der Kolonisierung Ostdeutschlands über uns gekommen sind, lassen seitdem Jahr für Jahr LL-Demonstranten mit größter Selbstverständlichkeit durch die Gassen ihrer Polizeieskorten defilieren und niederknüpfeln. Ein Spießrutenlauf für die Freiheit. Und für die Menschenrechte, die hier im wörtlichen Sinne mit Füßen getreten werden. Glückwunsch, Vera Wollenberger! Bravo CDU/SPD-Senat! Auch die Schröder-Regierung soll von euch ein „besenreines Berlin“ bekommen!

R.F.



Niedergetrampelte Transparente...



abgeschleppte Demonstranten.

Fotos: Bodo Troschke

## Lebensbericht des Kommunisten Herbert Crüger

# Ein alter Mann erzählt

Zu den verlorenen Illusionen gehört für mich die Annahme, ein roter Bucheinband müsse einen entsprechenden Inhalt bergen. Schlimmer noch Negative Erfahrungen, die ich seit der Niederlage von SED und DDR mit aktueller Literatur gesammelt habe, ließen mich meinen Freunden verbieten, mir zu irgendwelchen Anlässen „ohne Vorwarnung“ Bücher zu schenken. Gerade Geschichtswerke und Memoiren, die vorgeben, unsere jüngste Vergangenheit „aufzuarbeiten“, bereiten mir oft großes Unbehagen. Wieviel Selbstgerechtigkeit, Besessenheit, Anpassung an die „neuen“ Verhältnisse, Charakterlosigkeit und Verfälschung es da gibt! Ist man schon in eine Grube aus Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit gefallen und bemüht, wieder aus ihr herauszukommen - was hilft dann eine Leiter mit angesägten oder morschen Sprossen?

In dieser bucherfeindlichen Stimmung trifft mich der Hinweis auf das Erscheinen eines weiteren Lebensberichts und die Bitte des umtriebigen Klaus Steiniger, etwas zu diesem Buch zu sagen, nachdem er gehört hatte, daß es von Herbert Crüger - dem Lebensgefährten unserer DKP-Genossin Erika Correns - besser Era - geschrieben worden ist.

Das Buch in der Hand, begehe ich einen Fehler. In der Absicht, vom Autor mehr als den Namen zu erfahren, picke ich mir die vermeintlich interessantesten Kapitel heraus. „Nach dem XX Parteitag der KPdSU“ und die unmittelbar darauffolgenden. Schon glaube ich, mich mit meiner Zusage, die Rezension schreiben zu wollen, bei einer Voreiligkeit ertappt zu haben. Erst in der Ruhe eines kurzen Urlaubs im verschneiten Riesengebirge komme ich dann zur gründlichen Lektüre. Mein gedanklicher Ausflug beginnt kurz vor dem I Weltkrieg in der Rixdorfer Ringbahnstraße und endet bei den Alternativen der Menschheit, wie sie sich dem Verfasser 1993 darstellen.

Als Anja ihren Großvater Herbert Anfang der 80er Jahre trieb, „ein langes, sehr langes Garn mit vielen Knoten abzuwickeln“, konnte sie nicht ahnen, daß ein Jahrzehnt später ein völlig neues Bedürfnis danach entstehen würde, zu erfahren, was „ein alter Mann erzählt“, der von sich behaupten kann, ein bewegtes Leben hinter sich zu haben. Diese Bedürftigkeit entstand, nachdem die Welt aus den Fugen geraten oder - wie manche sagen - Deutschland ein „einig Vaterland“ geworden war, aus dem Verlust von Orientierungspunkten, hervorgerufen durch die konterrevolutionären Attacken, den Mißbrauch aller menschlichen Werte, die Orgien der Reformier, Erneuerer, Auf-

arbeiter und Entschuldiger.

Um in dieser Situation hilfreich zu sein und dem Anspruch an den „Lebensbericht eines Kommunisten“ gerecht zu werden, bedurfte es wenigstens dreier Eigenschaften. Einer Position, die wir Standpunkt der Arbeiterklasse nennen, eines Charakters, der unkorruptierbar ist, der Fähigkeit, Tatsachen, Vorgänge und Verhaltensweisen in ihrer historischen Bedingtheit zu erkennen und wiederzugeben.

So entsteht ein Buch, daß man vielleicht mit wahrhaft umschreiben könnte, das menschliche Format sichtbar macht. Sich für eine edle Sache zu schlagen und in der Lage zu sein, in der Minute der Entscheidung das Notwendige und Richtige zu tun. Was wäre in der gebotenen Kürze noch zu sagen?

Junge Leute, die ihr die Erklärung für gravierende historische Vorgänge sucht, macht euch die Mühe des Lesens! Geschichte ist hier eingängiger zu erfahren, als in den Abhandlungen mancher Historiker. Verunsicherte mittleren Alters, die ihr durch die „neuzeitliche“ Art von „Geschichtsaufarbeitung“ Schwierigkeiten mit der Bewertung gewichtiger politischer Ereignisse habt, prüft den Standpunkt des Verfassers. Suchende, die ihr einen raschen Zugang zu den Positionen des Autors haben wollt, lest sein Credo auf Seite 406.

In einer Frage bin ich nach der Lektüre unsicher geblieben. Waren es Bescheidenheit oder andere Beweggründe, die Herbert Crüger dazu führten, den Titel „Ein alter Mann erzählt“ zu wählen und damit zu bestimmen, daß „Lebensbericht eines Kommunisten“ sich mit der Rolle einer Unterzeile begnügen muß?

**Hans-Günter Szalkiewicz**

*Herbert Crüger. Ein alter Mann erzählt. Lebensbericht eines Kommunisten. GNN Verlag 1998 461 Seiten, 32 DM, ISBN 9-932725-49-2*

**Am Sonntag, dem  
7.2.1999 um 11.30 Uhr**

**findet in der  
Ernst-Thälmann-Gedenkstätte  
Ziegenhals anlässlich des  
66. Jahrestages der dortigen  
Tagung des ZK der KPD  
eine Kundgebung statt.**

**Es spricht:**

**KARL-EDUARD V. SCHNITZLER.**

**Bus-Verbindung: Ab S-Bahnhof Königs Wusterhausen: 9.30 u. 11.10 Uhr**

*Wie sich der Bonner Staat seine Kader von der DDR ausbilden ließ*

## Wundverband gegen „brain drain“

Zur Verteufelung der DDR geprägt, zielt die Metapher von „Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen“ darauf ab, „Volkszorn“ anzufachen und den Rechtsbeugungsakten einer Rachejustiz den Anschein nachholender Gerechtigkeit zu verschaffen. Wer für die Sicherung der DDR-Staatsgrenze politisch Verantwortung trug oder diese militärisch realisierte, wird a priori der Machtbesessenheit und Menschenverachtung oder gar der „Totschlägermentalität“ bezichtigt.

Dieses Erklärungsmuster ist hinterhältig und absurd - aber eben nicht unwirksam. Dabei bedürfte es eigentlich keines Kopfzerbrechens, um eins zu begreifen: Politiker jedes Landes vermeiden, wenn irgend möglich, unpopuläre Maßnahmen oder beschränken solche auf das unumgängliche Minimum. Das aus dem einfachen Grund, weil sie elementar daran interessiert sein müssen, sich eine stabile soziale Basis zu sichern. Wenn sich also die politisch Verantwortlichen zu derart einschneidenden Schritten entschlossen, wie sie mit der Sicherung der Staatsgrenze West verbunden waren, dann mußten dafür schon gewichtige Gründe vorliegen. Um die Staatsführung zu einer drastischen Beschneidung des Rechts auf Ausreisefreiheit zu veranlassen - wie sie sich aus den mit dem Grenzregime getroffenen gesetzlichen Regelungen für die Mehrheit der DDR-Bürger ergab -, bedurfte es eines massiven Zwangs der Verhältnisse. Den gab es in der Tat.

Hier soll nicht auf die Umstände äußerer Natur eingegangen werden, wie sie für die DDR als Mitglied des Warschauer Paktes Bündnispolitisch bestanden, seitens der Führungsmacht UdSSR eingefordert wurden sowie durch den Charakter der Staatsgrenze West als Konfrontationslinie mit der NATO bedingt waren.

Als von nicht minderem Gewicht erwiesen sich innere Sachzwänge, unter denen einer Vorrang besaß: Es galt, den Abfluß von - meist hochqualifizierten - Arbeitskräften gen Westen zu unterbinden. Das Anlegen des zwar schmerzhaften, aber wirksamen Wundverbandes „Mauer“ gegen das Ausbluten der DDR entsprach, selbst wenn das von allzu vielen nicht begriffen wurde, dem Interesse der Mehrheit ihrer loyalen Bürger. Um nämlich deren Versorgung mit Waren und Dienstleistungen zu gewährleisten, mußten die DDR-Volkswirtschaft und die gesamte Infrastruktur des Landes funktionieren. Das setzte voraus, daß die dafür ausgebildeten Fachleute in der DDR tätig wurden - also nicht abwanderten. Mit den Maßnahmen vom 13. August 1961 entsprach die Staatsführung diesem unverzichtbaren Erfordernis. Anders, d.h. tatenlos hätten sich nur politische Naivlinge verhalten können.

Was übrigens von den heutigen Anklägern des DDR-Grenzregimes absichtsvoll verschwiegen wird: Unsere Westgrenze war - von

1945 an gerechnet - 16 Jahre lang eine offene Grenze. Dichtgemacht wurde sie erst, als der Westen bei permanenter Zuspitzung des Kalten Krieges die von ihm gewollte, geforderte und gesteuerte „Massenflucht“ als wirksamstes Instrument zum „Ausbluten der DDR“ einsetzte. Es mangelte nicht an unzweideutigen Absichtserklärungen von BRD-Seite, durch Forcierung der Republikflucht die materielle Situation der DDR-Bevölkerung bis zur Unerträglichkeit zu verschlechtern, um unter den „Dortbleibenden“ Mißmut und Verunsicherung auszulösen und schließlich den gehaßten anderen deutschen Staat zu kippen. Darin bestand das politische Ziel Nr. 1 der Bonner Politik.

Zugleich aber nutzte die BRD die DDR - üblicherweise als „ärmerer Verwandter“ heuchlerisch bemitleidet, meist aber verspottet - für sich selbst als Lieferanten gut ausgebildeten Personals. Zum Null-Tarif, versteht sich. Das reichere Deutschland konnte sich auf diesem Wege eigene Ausgaben in Milliardenhöhe ersparen. Die DDR wurde auch als Blutspender geschröpft, um Ersatz für nach den USA, Kanada, Australien usw. auswanderndes westdeutsches Fachpersonal zu stellen. Der CDU-Spitzenpolitiker Gerhard Stoltenberg, damals Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung, schrieb 1969 im Vorwort zu dem Buch „Verdummt Europa? Der Ausverkauf unserer Intelligenz“: „Die Abwanderung von hochqualifiziertem Personal, für dessen Ausbildung erhebliche Aufwendungen gemacht wurden, bedeutet einen ersten Verlust für unser wissenschaftliches und technisch-industrielles Potential ... auch wenn wir annehmen dürfen, daß der Verlust ... vor allem durch Zuwanderung aus anderen Staaten teilweise ausgeglichen wird.“ (Hervorhebung durch mich)

Man bekommt eine annähernde Vorstellung davon, um welches Wertvolumen die DDR mittels dieser international als „brain drain“ (Abzug der Gehirne) bezeichneten Abwerberpraxis geprellt wurde, wenn man die damals in der Alt-BRD veranschlagten Ausbildungskosten als Vergleichsgröße nimmt. Nach einer Statistik der Karlsruher Versicherungen waren für ein Studium von durchschnittlicher Dauer an westdeutschen Hochschulen aufzuwenden: Für Luft- und Raumfahrttechnik: 79.900 DM; für Pädagogik: 51.700 DM; für Mathematik/Physik: 75.200 DM; für Betriebswirtschaft: 62.980 DM; für Rechtswissenschaft: 66.740 DM; für Medizin: 71.440 DM. Und in diesen Summen sind die inzwischen wesentlich höheren Aufwendungen für Lehrpersonal und Unterrichtsstätten noch nicht einmal enthalten!

Nur politische Ignoranten können im Ernst darauf bestehen, daß die DDR-Führung gegenüber solcher Ausplünderung zum Stillhalten verpflichtet gewesen wäre. Bei den von ihr ergriffenen Maßnahmen ging es also nicht

zuletzt darum, dem massenhaften „brain drain“ entgegenzuwirken.

Und noch eines muß hier gesagt werden: Wer die Möglichkeiten einer allen offenstehenden, unentgeltlichen und soliden Ausbildung in der DDR für sich nutzte, ging damit (leider oft, ohne sich darüber Gedanken zu machen) eine Bringeschuld gegenüber seinen Landsleuten ein. Der DDR-Normalbürger hatte Anspruch darauf, daß die mittels seines Leistungsanteils ausgebildeten Facharbeiter, Meister, Ingenieure, Mediziner, Lehrer, Architekten, Chemiker usw. ihre Kenntnisse und Fähigkeiten auch zu seinem Nutzen anwenden würden.

Wie man es auch drehen und wenden mag: Wer sich dem als „Ausreisewilliger“ oder Republikflüchtiger entzog, stellte seine egoistischen Interessen über die Belange der Allgemeinheit. Er ignorierte zugleich jene menschliche Anstandsregel, welche in der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration (Art.29) in die Worte gefaßt ist: „Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung der Persönlichkeit möglich ist.“ (Hervorhebung durch mich)

Ohne hier im einzelnen auf die vielfältigen Ursachen für den Abwanderungsdruck einzugehen, bleibt es eine Tatsache: Weder politische Verfolgung noch soziale Nöte bildeten - von wenigen Ausnahmen abgesehen - den tatsächlichen Beweggrund zum Verlassen der DDR. Die diesen Weg gingen, waren - von ihrer Motivation her - nahezu ausnahmslos das, was im bundesdeutschen politischen Vokabular (allerdings nur auf Ausländer bezogen und mit Negativbedeutung!) als Wirtschaftsflüchtling bezeichnet wird.

Daß die DDR mit der Grenzsicherung der vom „Konsumparadies“ BRD ausgehenden Sogwirkung auf Dauer nicht wirksam begegnen konnte, ist nicht zuletzt auf eine Absurdität zurückzuführen: Die Beschneidung persönlicher Freiheiten, wie sie das Grenzregime mit sich brachte, wurde von der Bevölkerungsmehrheit nicht als zur Wahrung eigener existentieller Interessen unumgänglich verstanden, sondern als gegen sich gerichtet empfunden. Damit wirkte sie als eine der Ursachen, die zur Niederlage des Sozialismus auf deutschem Boden führten.

Inzwischen setzt allerdings bei so manchem, der damaliges „Eingesperrtsein“-Gefühl mit der Rolle des von Arbeitslosigkeit Betroffenen oder Bedrohten vertauschen mußte, Nachdenklichkeit ein. Denn, wenn auch das Recht auf grenzenloses Reisen (soweit es, weil finanzierbar, auch wahrgenommen werden kann) für die Lebensqualität von hohem Wert ist - den totalen Verlust des in der DDR gewährleisteten Rechts auf Arbeit und soziale Sicherheit vermag es nicht zu ersetzen.

**Wolfgang Clausner**



# Weder Amnestie noch Amnesie!

Alle reden von Amnestie. Die meisten wissen nicht, wovon sie reden. Die es wissen, machen „Amnestie“ zu einem Schlagwort, mit dem sie unschuldige Angeklagte oder Verurteilte ins Unrecht setzen wollen.

Amnestie bedeutet Straferlaß oder Strafminderung. Amnestieren bedeutet begnadigen. Gnade erweist man einem Schuldigen. Amnestiert kann nur werden, wer eine Schuld auf sich geladen hat.

Lothar de Maiziere wendet sich gegen eine „PDS-Initiative: Für eine Amnestie von DDR-Hoheitsträgern“. Ein sogenannter Bürgerrechtler namens Schorlemmer fordert eine „Amnestie für DDR-Unrecht“. Der Publizist und SPD-Politiker Gaus regt „die Bildung eines Gremiums“ an, das sich „mit der Frage einer Amnestie befassen“ soll; „Altbundeskanzler Kohl (CDU)“ könne dazu „eine Handvoll Deutscher einladen“. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Marquardt spricht sich gegen eine „Pauschal-amnestie“ aus; in den Prozessen gehe es „nicht um Wahrheit, sondern darum, Recht zu bekommen“. Stolpe, Ministerpräsident, verurteilt jede Amnestie. Evelyn Kenzler, Bundestagsabgeordnete der PDS, hat in einem überall verbreiteten Interview das Wort „Amnestie“ nicht benutzt, aber ein Journalist hat es ihr in den Mund gelegt: Seither reden alle von Amnestie ...

Es geht nicht um Gnade, sondern um Recht: Um die Beendigung von Politprozessen und um die Rehabilitierung der betroffenen Persönlichkeiten. „Die Anklage ist zurückzuziehen!“, wie Leonhard Frank 1947 in seinen „Jüngern Jesu“ sagen läßt.

Seit 1990 haben Sonderstaatsanwaltschaften und Gerichte der Bundesrepublik Deutschland unter Bruch der Verfassung, eigener Gesetze und des Völkerrechts (auch der „Einigungsvertrag“ ist Völkerrecht!) zehntausende Frauen und Männer mit Ermittlungsverfahren, Anklagen und Urteilen überzogen, haben Behörden und Beamte DDR-Bürger aus ihren erlernten Berufen gejagt - wegen Handlungen, die nach Recht und Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik niemals strafbar waren. Niemand von ihnen hat sich zu entschuldigen, keiner von ihnen bedarf eines Gnadenerweises. Mit dieser Feststellung soll nicht über 50 Jahre deutscher Nachkriegsgeschichte ein Mantel des Schweigens gebreitet werden. Keine Amnesie! Gedächtnisverlust wäre von Schaden. Wir alle müssen uns in Ost und West mit der Geschichte, mit dem Gang der Ereignisse auf deutschem Boden nach der Befreiung vom Faschismus auseinandersetzen und daraus Lehren ziehen. Aber nicht in Gerichtssälen, Enquete-Kommissionen, noch von den Positionen der Sieger und Besiegten.

Aber die Problematik Amnestie oder Wiedergutmachung ist wesentlich umfassender.

Es gibt viele Opfer des Nachkriegs und des Kalten Krieges. In Westdeutschland und Westberlin harren zehntausende Opfer der Klassenjustiz und des Kalten Krieges ihrer Rehabilitierung und der Wiedergutmachung. Auf dem ehemaligen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sind es nicht nur die von Diensten, Behörden, Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten willkürlich Verfolgten und Verurteilten: Es sind Millionen Arbeiter und Angestellte, denen man ihre Betriebe gestohlen, die man als Erwerbslose auf die Straße gesetzt hat. Es sind Lehrer, die von ihren Kathedern verjagt wurden, Professoren, Wissenschaftler, Forscher, denen man ihre Existenz nahm. Bauern wurden um ihre Produktionsgenossenschaften gebracht und sind heute noch der Gefahr ausgesetzt, die Früchte ihrer demokratischen Bodenreform zu verlieren. Frauen haben ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft verloren und sind als erste aus dem Arbeitsprozeß verdrängt worden. Hausbesitzer treiben mit Mietwucher Bewohner in Armut und Obdachlosigkeit. Pharmakonzerne und Kassen beschwören die Wirklichkeit jenes Filmtitels herauf: „Weil du arm bist, mußt du früher sterben.“ Alte werden um die Sicherheit ihres Lebensabends gebracht, Junge bestiehlt man um Bildung und Zukunft.

Sie alle sind vom Anspruch bedroht, ihr Staat sei kein Rechtsstaat gewesen, sondern ein „Unrechtsstaat“, auf den jeder Journalist, jeder Politiker, jeder Beamte, jeder Staatsanwalt und Richter eindreschen zu dürfen glaubt. Sie alle sind Betroffene. Und das moralische, politische, juristische Defizit ihres neuen Staates hat historische Ausmaße.

Aber auch für sie gilt keine Gnade, sondern das Menschenrecht: Das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung, auf Gesundheit, auf Bildung, auf Zukunft und Würde. Als Bürger eines einstmaligen souveränen Staates besaßen sie jedes dieser Rechte - einschließlich des Rechts, ihren Staat im Innern und an den Grenzen gegen jegliche Bedrohung mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen.

Man höre also auf mit dem unqualifizierten Geschwätz von „Unrechtsstaat“ und „Amnestie“! Um wases geht, sind Gerechtigkeit und Menschenrechte. Sie sind wiederherzustellen! Dazu sind Parlamente und Regierung da - wenn nicht Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leere Formeln, Spottgeburten bleiben sollen.

Man darf Leonhard Franks Forderung also getrost über die Justiz hinaus ausdehnen: „Die Anklage ist zurückzuziehen!“ Es empfiehlt sich, seine „Jünger Jesu“ einmal nachzulesen.

Karl-Eduard von Schnitzler

Gerda Klabuhn schreibt aus der VAF Reinickendorf:

## Ein Wort in Sachen Rainer Rupp

Weil Rainer Rupp aus der Alt-BRD stammt, gilt für ihn das Grundgesetz ohne alle Abstriche. Seine Würde ist unantastbar. Viele kennen inzwischen die Biographie des Mannes, der als früherer Kundschafter der DDR im NATO-Hauptquartier Jahre im geschlossenen Vollzug zubringen mußte. Was indes nicht alle wissen, ist, wie einem Menschen zumute ist, der unter den harschen Bedingungen des Strafvollzugs leben muß, bei dem bis zu 23 Stunden Einschluß angeordnet sind. Sie können vielleicht nur ahnen, was man empfindet, wenn man als einziger politischer Gefangener seine Zeit unter kriminellen Mitgefangenen verschiedenster Art und Mentalität verbringen muß. Welchen Belastungen es standzuhalten gilt - in manchen Fällen bis zu tätlichen Angriffen. Rainer Rupp blieb lange ohne wirksame Solidarität. Er saß seit Jahren für eine anerkannt gute Tat im Dienste des Friedens und der Berechenbarkeit internationaler Beziehungen hinter Gittern. Diesem Mann - er befindet sich jetzt im offenen Vollzug - muß unbedingt geholfen werden, maximale Haft erleichterungen durch Freigang zu erfahren, deren Gewährung aber von einer Arbeitsstelle abhängig ist. Deshalb rief die Entscheidung der PDS, ihn zu beschäftigen, bei seinen vielen Freunden Genugtuung hervor.

Was aber ist passiert?

Wie Berichten der Medien zu entnehmen war, haben sich neun PDS-Bundestagsabgeordnete nach dem Abschluß eines Honorarvertrages mit Rainer Rupp darüber entrüstet, daß ihre Partei dem „Ost-Spion“ einen Arbeitsplatz zu vermitteln beschloß. Das schade der Reputation und der „Glaubwürdigkeit des Abrückens von der DDR-Vergangenheit“. Welche Arbeitsstellen frühere „West-Spione“ unterdessen bekleiden, fragten die neun PDS-Fraktionäre nicht. Wie steht es hier um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz?

Mit ihrem Brief gingen die PDS-Dissidenten direkt an die Öffentlichkeit und sorgten so dafür, daß Rainer Rupp einmal mehr durch die Medien geschleift werden konnte. Ohne Rücksicht auf sein Befinden, das seiner Frau und der Kinder und ohne Respekt auch vor seinen betagten Eltern. Glauben die den Honorarvertrag ablehnenden PDS-Abgeordneten - nach einer „stürmischen“ Fraktionsitzung ist deren Zahl auf drei mit Nein stimmende und fünf Enthalter gesunken - eigentlich, daß ihnen die Wähler für eine solche Art „humanistischen Denkens“ ihr Mandat verschafft haben?

**Rainer Rupp's neue Adresse lautet:  
Kapuzinerstr. 1  
66740 Saarlouis**

## Wie Totschläger erfunden werden

Nachdem die Revision der in erster Instanz vom Landgericht Berlin verurteilten Mitglieder des Kollegiums des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR - der Generale Goldbach, Handke und Ludwig - durch den 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofes verworfen wurde, haben die Verurteilten am 19. Januar 1999 die Strafe angetreten.

Dies ist mir Veranlassung, das durch den BGH bestätigte Urteil auf seine juristische Substanz, auf seine Rechtmäßigkeit zu prüfen.

Verbal wird auch von den bundesdeutschen Gerichten anerkannt, daß es sich ausschließlich nach dem DDR-Recht als dem am „Tatort“ (Strausberg) zur „Tatzeit“ (in den 70er und 80er Jahren) geltend gewesenen Recht richtet, ob sich die Mitglieder des Kollegiums strafbar gemacht hatten. Den nunmehr rechtskräftig Verurteilten war im Hinblick auf Todesfälle an der Staatsgrenze (West) der DDR Beihilfe zum Totschlag vorgeworfen worden; sie hätten als Mitglieder des Kollegiums die **Entwürfe** der Jahresbefehle Nr. 101 über die **Ausbildung** der Grenztruppen im jeweiligen Ausbildungsjahr mit **beraten** und gebilligt. **Verbindlich erlassen** wurden diese Befehle jeweils **nach** diesen Beratungen durch den **Minister** für Nationale Verteidigung, der im übrigen als Kommandeur in seiner Befehlsgebung an die Ergebnisse der Beratung nicht gebunden war. (Zum Urteil gegen Heinz Keßler s. „RotFuchs“ Nr. 10, S. 13)

Die Jahresbefehle enthielten **allgemeine militärpolitische** und **politisch-ideologische Aufgabenstellungen** bzw. Forderungen, aber keine konkreten **Handlungsanweisungen** an die Grenzposten; diese befanden sich in zahlreichen speziellen Dienstanweisungen in Übereinstimmung mit den Schußwaffengebrauchsbestimmungen sowie in den jeweiligen Minenverlegungsplänen bzw. -befehlen. Die Jahresbefehle wiederholten gemäß ihrem militärpolitischen und politisch-ideologischen Charakter lediglich den Auftrag des Art. 7 der DDR-Verfassung, Grenzverletzungen zu verhindern bzw. nicht zuzulassen. Sie waren also keine „richtigen“ militärischen Befehle (so daß daher insoweit auch keine Befehlsverweigerung bzw. Nichtausführung eines Befehls nach § 257 StGB-DDR begangen werden konnte). Im übrigen waren sie an den Chef der Grenztruppen der DDR gerichtet, der auf dieser Grundlage eigene Be-

fehle (Nr. 80) erließ. Die Grenzsoldaten bekamen die Jahresbefehle Nr. 101 weder zu hören noch zu Gesicht.

Daher lag für jeden Prozeßteilnehmer auf der Hand, daß durch diese Beratung und auch durch eine Billigung der vom Hauptstab vorbereiteten Texte der Befehlsentwürfe **niemand getötet** wurde und daß keiner der Verurteilten einem von bundesdeutschen Gerichten evtl. als Totschläger angesehenen Grenzsoldaten zur **Ausführung dessen vorsätzlicher Tötungshandlung** Hilfe leistete.

Um die Angeklagten entgegen dieser eindeutigen und ganz offensichtlichen Sachlage dennoch verurteilen zu können, wandten die beiden vorgenannten bundesdeutschen Gerichte ganz abenteuerliche juristische Konstruktionen an, entstellten sie das DDR-Recht.

Auch für die Verurteilung der Mitglieder des Kollegiums gilt, daß die bundesdeutschen Gerichte die durch Volksentscheid am 6. April 1968 angenommene DDR-Verfassung mit ihrem in dieser Frage maßgeblichen Art. 7 negierten und mißachteten. Er gebot (in der Fassung vom 7. Oktober 1974) den „Staatsorganen“ der DDR, „die territoriale Integrität“ der DDR und „die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen zu gewährleisten“. Nach dem nun rechtskräftigen Urteil ist die Verwirklichung der DDR-Verfassung in den Augen bundesdeutscher Gerichte kriminell!

Es sei in diesem Zusammenhang ausdrücklich betont, daß Art. 7 der DDR-Verfassung auch nicht im Widerspruch zu Art. 12 der Internationalen Konvention über politische und Bürgerrechte stand, der in seinem Abs. 2 die Signatarstaaten - darunter auch die DDR - als Staat verpflichtete, unter Beachtung des Abs. 3 dieses Artikels, also insbesondere der nationalen Sicherheit der Teilnehmerstaaten und ihrer öffentlichen Ordnung jedermann das Recht zu gewähren, „jedes Land, auch sein eigenes, zu verlassen“. Dieser Artikel der Konvention begründete selbstverständlich **kein Menschenrecht auf ungesetzlichen Grenzübertritt**.

In diesem Verfahren war eine Reihe weiterer Rechtsfragen relevant, die die beiden bundesdeutschen Gerichte entgegen dem DDR-Recht entschieden: Den Angeklagten wurde Beihilfe zur Tötung (Totschlag) vorgeworfen. Nach der eindeutigen Rechtslage des DDR-Straf-

rechts müßte es also einen bestimmten individuellen Totschläger gegeben haben, dem die Angeklagten zur Ausführung dieses Totschlages (in Worten oder Taten) eine Hilfe geleistet hatten, und zwar eine Hilfe, die der Täter auch tatsächlich genutzt hatte. Nach DDR-Recht muß zwischen dieser Hilfeleistung und der Herbeiführung der Tötung eines Menschen ein ganz bestimmter konkreter Kausalzusammenhang vorgelegen haben und vor Gericht nachgewiesen worden sein. Das Landgericht hat einen solchen konkreten Kausalzusammenhang aber nicht feststellen können.

Ebenso rechtsfehlerhaft war die Beurteilung der vom Gericht angenommenen **„Befehlskette“** bzw. einer sogenannten **Kettenanstiftung**, wie sie vom Minister für Nationale Verteidigung über den Chef der Grenztruppen und die Chefs der Grenzkommandos usw. bis zum letzten Grenzsoldaten vorgenommen worden sein soll. Beiden, einer Befehlskette wie einer Kettenanstiftung ist gemeinsam, daß es auf der Grundlage des höheren Befehls - bzw. sogar der Verfassung - stets wiederum eines neuen eigenen Willensentchlusses des nachgeordneten Kommandeurs bedarf, einen eigenen Befehl zu erlassen.

Die Annahme einer Anstiftung ist schon deswegen völlig unbegründet, weil der jeweils unterstellte, nachfolgende Kommandeur, bevor er den Befehl seines Vorgesetzten erhielt, bezüglich des Verfassungsgebots zur Sicherung der Staatsgrenze „jungfräulich“-unwissend gewesen sein müßte, um überhaupt angestiftet werden zu können!! Im übrigen hat das LG Berlin die betreffenden Zwischenglieder - die einzelnen Befehlsebenen - weder festgestellt noch nachgewiesen. Es hat desweiteren auch nicht geprüft, wie maßgebliche Inhalte der Befehle Nr. 101 bis Nr. 20 von der Führungsebene des betreffenden Grenzregiments den letzten an der Grenze diensttuenden Grenzsoldaten erreichten, wie etwa die Kompaniechefs, Zug- und Gruppenführer und schließlich die Postenführer und die Posten - jedes Jahr aufs Neue - instruiert wurden.

Dennoch hat das LG Berlin die Angeklagten verurteilt und hat der BGH ein solches **Unrechtsurteil** bestätigt.

Nicht zuletzt muß folgendes klargestellt werden: Die an bestimmten Abschnitten der Staatsgrenze hinter unübersehbaren Warnschildern angebrachten Minen dienten der Warnung und der Abschreckung leichtfertiger Versuche, die Grenze

zu durchbrechen. Ihre Verlegung war **durchaus rechtmäßig** und weder völkerrechtlich noch etwa durch das innerstaatliche Recht verboten.

Für die Prüfung der Kausalität in einem Strafverfahren wegen Totschlags folgt daraus: Bei Verletzung oder Tötung durch Minen war der strafrechtlich relevante Kausalprozeß nicht durch deren Verlegung in Gang gesetzt worden. Die (gekennzeichneten) Minen stellten wohl eine Gefährdung, für evtl. Verletzungen oder Tötungen eine allgemeine Bedingung dar (ähnlich wie bei Hochspannungsleitungen, starkstromführenden Schienen, freigesetzten brennbaren Gasen usw.), der **Kausalprozeß** wurde jedoch **durch den betreffenden Grenzverletzer selbst herbeigeführt**, weil er sich trotz Warnung **freiwillig** in das Minenfeld begab, also selbstmörderisch handelte!

Auch wenn man es nicht aussprechen möchte und es bei bundesdeutschen Gerichten als Bruch eines **Tabus** erscheint - Tatsache ist, daß sich die betreffenden Grenzverletzer selbst an ihrer Gesundheit schädigten bzw. töteten. Die beiden bundesdeutschen Gerichte aber machten, weil es ihrem offensichtlichen Vorurteil entspricht, DDR-Generale dafür verantwortlich.

Übrigens gilt das über Minen Gesagte ebenso für die Fälle, in denen von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde.

Die DDR-Grenzsoldaten hatten auf der Grundlage der rechtsstaatlich einwandfreien Schußwaffengebrauchsbestimmungen der DDR in dieser Reihenfolge zu handeln: Anruf und Festnahme primär ohne Einsatz der Schußwaffe, dann Warnschuß und erst danach gezielt er Schuß auf die Beine des Grenzverletzers mit Einzelfeuer, um ihn fluchtunfähig zu machen. In den Fällen, in denen die von den Grenzposten bemerkten Grenzverletzer ihren Versuch aufgaben und sich ergaben, vermochten sie (in der Regel) ihre Gesundheit und jedenfalls ihr Leben zu retten. Zu Todesfolgen beim Einsatz von Schußwaffen kam es immer nur dann, wenn die Grenzverletzer ihre strafbaren Versuche, die Grenze zu durchbrechen, hartnäckig fortsetzten.

Und auch das sei zum Schluß noch gesagt: Unter normalen Nachbarschaftsverhältnissen zwischen DDR und BRD einschließlich der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die BRD hätte es keiner derartigen Grenzsicherungen an der DDR-Westgrenze bedurft und gegeben. Zu „Opfern an der Mauer“ wäre es dann nicht gekommen. □

**Kleine Nachhilfe für Gedächtnisschwache**

## Keine Tomaten auf den Augen

Im Dezember 1997 nahm eine Augenklinik GmbH in dem 1893/94 erbauten und nun rekonstruierten Haus 11 des Marzahner Wilhelm-Griesinger-Krankenhauses ihren Betrieb auf. Die moderne und zweifellos gut geführte Einrichtung, in der kompetente Ärzte, Schwestern und Pfleger tätig sind, stellt sich den Patienten mit einem merkwürdigen Werbezettel vor:

„Die Augenklinik Berlin-Marzahn schließt die Versorgungslücke in den östlichen Bezirken von Berlin, in denen bis jetzt keine augenheilkundliche klinische Versorgung vorhanden war“, heißt es dort. Soll das etwa bedeuten, wir früheren DDR-Hauptstadtbürger liefen nach Ansicht des Verfassers der Werbeschrift noch heute blind herum, wären wir 1990 nicht des Glücks teilhaftig geworden, zu BRD-Bewohnern zu avancieren.

Für dumm verkaufen lassen wir uns aber nicht. In dieser Frage weiß, ich zufällig gut bescheid und kann mich aufgrund eigenen Erlebens äußern. Ich war in den letzten Jahren an der Berliner Humboldt-Universität beschäftigt. Zu ihr gehört bekanntlich die Charité. Dort haben im Laufe der Jahre Hunderte von Augenärzten ihr Studium absolviert. Neben der Lehre wurde auch eine umfangreiche Forschung auf dem Gebiet der Augenheilkunde betrieben. Hinzu kam eine hochspezialisierte klinische Versorgung nicht nur für Berliner Patienten.

Von den über 8.000 Beschäftigten der Charité wurden jährlich rund 750.000 Patienten aus allen Bezirken der DDR ambulant und über 30.000 stationär versorgt. Viele Tausende davon erhielten in der Augenklinik eine sach- und fachgerechte Behandlung. Hier wirkte bis 1989/90 z.B. der weit

über die Landesgrenzen hinaus bekannte und in vielen internationalen Fachgremien vertretene Augenheilkundler Prof. Dr. Hans Gliem. Auch die moderne Augenklinik in Berlin-Pankow, wo Prof. Dr. Hermann mit seinem Kollektiv arbeitete, ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Zu den Einrichtungen, die eine leistungsfähige augenärztliche Diagnostik und Therapie anbieten konnten, gehörten das Krankenhaus Berlin-Friedrichshain (hier wurde die Augenklinik Ende 1997 geschlossen) und das Klinikum Berlin-Buch.

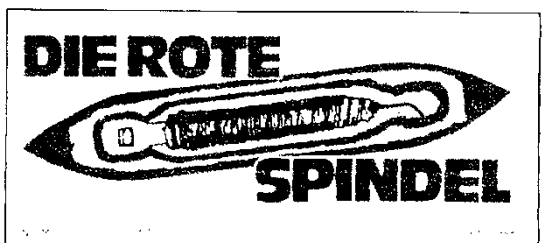
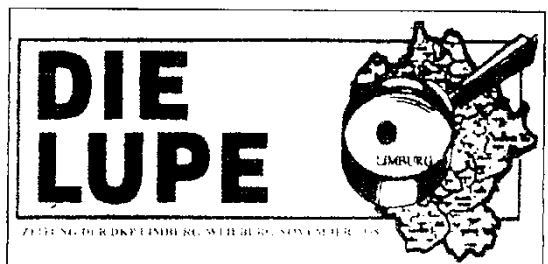
Vor dem Hintergrund solcher Tatsachen wirkt die Behauptung etwas billig, es sei bis 1990 „in den östlichen Bezirken keine augenheilkundliche klinische Versorgung vorhanden“ gewesen. Zum gleichen Zeitpunkt, da die hervorragende und kostenlose medizinische Behandlung in der DDR in Zweifel gezogen wird, nimmt der Senat - mit dem „Kieler Gutachten“ in der Tasche - Kurs auf eine „Neuordnung des Berliner Krankenhauswesens“, die zu weiteren Einschränkungen besonders auch in Ostberlin führen wird. Bekanntlich stehen 12 Häuser zur Disposition.

Offensichtlich ist die Verbreitung der Unwahrheit Teil dessen, was man heute „Vergangenheitsbewältigung“ zu nennen pflegt. Zu ihr gehört auch die Ablenkung von der Unterlegenheit des eigenen Gesundheitswesens, in dem sich „alles rechnen“ muß. Manche meinen überdies, daß man sich am besten anpaßt, wenn man die Tatsache - im Interesse der Verteufelung der DDR - einfach auf den Kopf stellt. Ihnen aber sei gesagt: Lügen werden nicht zu Wahrheiten, indem man sie täglich wiederholt.

Kurt Andrá

## Kleinzeitungen der DKP

Die Gruppen und Kreisorganisationen der DKP geben in den alten Bundesländern zahlreiche Kleinzeitungen heraus. Während sich die meisten vor allem mit örtlichen Problemen und lokaler Parteilarbeit beschäftigen, wenden sich einige auch den Fragen der nationalen und internationalen Politik zu. Hierzu gehören das Blatt der DKP im früheren Textilarbeiterzentrum Nordhorn, „Die Rote Spindel“ und die Zeitung der DKP Limburg-Weilburg „Die Lupe“. Die Köpfe beider Zeitungen, mit denen wir im Austausch stehen, stellen wir unseren Lesern heute vor.



## Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (4)

# Die Politik der SED zur nationalen Frage

Die nationale Politik der SED war seit deren Gründung im April 1946 darauf gerichtet, die Spaltung des deutschen Nationalverbandes durch den USA-Imperialismus zu verhindern. Nach vollzogener Spaltung trat die Partei bis Ende der 60er Jahre für dessen Wiedervereinigung ein. Dieser Kampf war seit Kriegsende aufs engste mit dem Klassenkampf gegen die restaurativen Kräfte des geschlagenen faschistischen deutschen Imperialismus verflochten.

Die durch die Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition besiegteten deutschen Imperialisten und Militaristen besaßen selbst nicht die geringste Chance, ihre Herrschaft über Deutschland aus eigener Kraft wiederherzustellen. Nur unter dem Schirm des USA-Imperialismus war es möglich, sie vor der völligen Vernichtung zu retten und als Juniorpartner in dessen aggressive antisowjetische Politik einzubauen. Da dies den Bruch des Potsdamer Abkommens in den westlichen Besatzungszonen zur Voraussetzung hatte, erwies sich die Spaltung Deutschlands damit als vorprogrammiert. Das Potsdamer Abkommen sah vor, den deutschen Militarismus und Nazismus auszurotten, übermäßige Konzentrationen von Wirtschaftskraft, insbesondere Kartelle, Syndikate, Trusts u.a. Monopolvereinigungen zu zerschlagen und Deutschland während der Besatzungszeit als wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Weder die amerikanische Besatzungsmacht noch die Adenauer-Regierung als deren Erfüllungsgehilfe konnten in ihrer restaurativen Politik auf die „Fachkräfte“ aus der Nazi-Wehrmacht, der faschistischen Justiz und Verwaltung, den Geheimdiensten, den Konzernen und Banken sowie dem Großgrundbesitz verzichten.

Der Kampf um Erhalt bzw. Wiederherstellung der Einheit Deutschlands war dem Wesen nach ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Er war aber auch von Beginn an Klassenkampf gegen das wiedererstehende deutsche Monopolkapital, die verbliebenen Gutsbesitzer und Militaristen. Es war noch kein Kampf um den Sozialismus. Walter Ulbricht betonte im Mai 1949, daß das Recht auf Selbstbestimmung der deutschen Nation nicht unmittelbar mit dem Kampf der Arbeiterklasse gegen reaktionäre Zustände innerhalb dieser Nation verbunden sei. In einer breiten Nationalen Front müßten keine besonderen Bedingungen bezüglich des demokratischen Inhalts gestellt werden, aber es sei „selbstverständlich Sache der Arbeiterschaft und aller fortschrittlichen Kräfte, aufgrund ihrer eigenen politi-

schen Ziele den Kampf gegen die Reaktion zu führen.“ (Walter Ulbricht: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. III, Berlin 1953, S. 502)

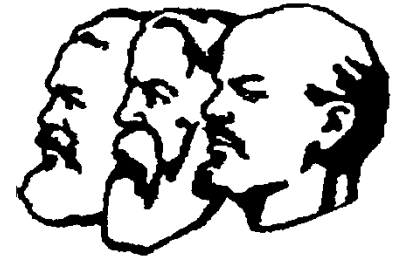
Damit wurde die komplizierte Dialektik des Kampfes um nationale Einheit einerseits und des Kampfes gegen reaktionäre restaurative Kräfte andererseits theoretisch und praktisch-politisch umrissen.

Eine solche nationale Bewegung barg natürlich auch Probleme und Konflikte in sich. Darunter die Gefahr des Abgleitens in Nationalismus und nationale Beschränktheit. Das Ringen um die Schaffung einer breiten Nationalen Front erforderte deshalb deren Verbindung mit dem Internationalismus.

Die SED und alle anderen demokratischen Kräfte konnten sich in ihrem Kampf um ein einheitliches demokratisches Deutschland auf die Sowjetregierung stützen. Stalin hat sich dafür wiederholt eingesetzt, ohne sozialistische Forderungen zu stellen, so auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam, in Interviews für amerikanische Zeitungen 1946 (Stalin: Werke, Bd. 15, S. 86f., 90f.) sowie in der bekannten Note vom 10. März 1952. Ohne enges Bündnis mit der Sowjetunion hätte der Widerstand gegen die Spaltungspolitik der Westmächte und des wiedererstehenden deutschen Imperialismus keine Perspektive besessen. In dieser Frage stimmten die nationalen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Kräfte Deutschlands überein.

Die SED hat bis 1968 keine sozialistischen Forderungen oder Bedingungen an die BRD-Regierung für die Herstellung der nationalen Einheit erhoben oder gestellt - sie bestand allerdings auf der strikten Erfüllung des Potsdamer Abkommens, das zugleich Legitimierung ihrer eigenen Politik war. „Mit der Gründung der DDR entstand eine starke Basis im Kampf für die Einheit Deutschlands.“ (W. Ulbricht, a.a.O., S. 653) Sie diente allen demokratischen Kräften der nun staatlich geteilten Nation. In der vom Verfassungsausschuß des Deutschen Volksrates ausgearbeiteten und in mehr als 9.000 Versammlungen diskutierten Verfassung der DDR (1949), die für ganz Deutschland konzipiert war, heißt es unmißverständlich: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik ...“ (Art. 1). Dieses Grundgesetz war keine sozialistische Verfassung.

Mit der Ablehnung der sowjetischen Vorschläge, der Wiederbewaffnung der BRD und ihrer Eingliederung in die NATO (1955) entstand eine neue Situation. Erst nach der Zurückweisung der Stalin-Note durch die Adenauer-Regierung und dem Beginn der Remilitarisierung Westdeutschlands - am



26./27. Mai 1952 erfolgte die Unterzeichnung des Generalvertrages und der EVG durch den Bonner Kanzler - orientierte die SED mit der II. Parteikonferenz (9. bis 12. Juli 1952) auf die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Da nun an eine Wiedervereinigung unter demokratischen Vorzeichen für einen längeren Zeitraum nicht mehr zu denken war, schlug die SED eine Konföderation beider deutscher Staaten vor, um Voraussetzungen dafür zu schaffen. Sie sollte günstigeren Bedingungen für die Vollendung der demokratischen Umgestaltung in Westdeutschland im Sinne des Potsdamer Abkommens den Weg bereiten. Am Gedanken der Herstellung eines antifaschistischen und antimilitaristischen Gesamtdeutschlands hielt die SED fest. Westdeutschland mußte erst einmal vereinigungsfähig gemacht werden. Nach dem 13. August 1961 unterbreitete die SED-Führung weitere Vorschläge zur Lösung der nationalen Frage, so im Nationalen Dokument „Die geschichtlichen Aufgaben der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ vom März 1962. Die Wiedervereinigung wurde jetzt an zwei grundlegende Voraussetzungen gebunden: An den Sieg des Sozialismus in der DDR und die Überwindung von Imperialismus und Militarismus in der BRD durch den Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.

Die Verfassung vom 4. April 1968 bezeichnete die DDR in Art. 1 als „sozialistischen Staat deutscher Nation“. Nach Art. 8, 2 erstrebten die Bürger der DDR „die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage von Demokratie und des Sozialismus“.

Die unverhüllte Revanchepolitik der BRD-Regierungen ließ Honecker und die SED-Parteiführung Anfang der 70er Jahre daran zweifeln, ob eine Wiedervereinigung unter demokratischen Vorzeichen überhaupt noch möglich sei. Eine sozialökonomische und politische Einheit gab es damals schon lange nicht mehr. Aber eine Nation läßt sich nicht darauf reduzieren. Ihre in Jahrhunderten

*Fortsetzung auf Seite 13*

## GRH: Für ein Strafverfolgungsbeendigungsgesetz

# Schlußstrich ziehen!

*Territoriale Arbeitsgruppen der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Unterstützung (GRH) haben mit der Erörterung von Erkenntnissen aus der politischen Strafverfolgung in der BRD begonnen, um die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Verfasser eines GRH-Diskussionspapiers baten den „RotFuchs“, ihre Vorstellungen hierzu bekanntzumachen und zu unterstützen.*

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Dokument:

1. Am 23. Mai 1999 jährt sich zum 50. Mal das Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Wir sehen in diesem Ereignis einen angemessenen und würdigen Anlaß, Schluß zu machen mit der Strafverfolgung von Menschen, die als Bürger der DDR auf der Grundlage und in Übereinstimmung mit Verfassung, Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften ihres Staates im Interesse des Schutzes und der Entwicklung der sozialen und Rechtsordnung der DDR tätig geworden sind und deshalb seit der deutschen Einheit durch

### Fortsetzung von Seite 12

ten gewachsene ethnisch-kulturelle Struktur verschwindet nicht in wenigen Jahrzehnten. Und sie erwies sich in der Tat als stabiler, als die Parteiführung angenommen hatte. So waren die Entscheidung der Volkskammer vom 7. Oktober 1974, in ihrer „Ergänzung und Änderung“ der DDR-Verfassung von 1968 die oben genannten Passagen fallenzulassen, sowie die These von der Entwicklung der „sozialistischen deutschen Nation“ in der DDR (IX. Parteitag der SED/Mai 1976) offensichtlich voreilig und von Wunschdenken geprägt. Ich halte sie für theoretisch nicht haltbar und politisch falsch. Sie ermöglichten es den restaurativen Kräften des BRD-Imperialismus und konterrevolutionären Gruppierungen in der DDR, sich zum Vorreiter nationaler Interessen aufzuwerfen. Die 1949 richtige Losung „Deutschland, einig Vaterland“ verkehrte sich 1989 in eine konterrevolutionäre Losung, die die Annexion der DDR begünstigt hat.

Ist die nationale Frage mit der Annexion der DDR durch den deutschen Imperialismus nun gelöst? Die den Bewohnern des „Beitrittsgebietes“ aufgezwungene staatliche Einheit hat da keine Lösung gebracht. Dazu bedürfte es der noch ausstehenden Vollendung der demokratischen Revolution von 1918.

Ulrich Huar

die Justizorgane der Bundesrepublik gerichtlich verfolgt wurden und werden. Oder die als Bürger der Bundesrepublik im Kalten Krieg und im Interesse der DDR unter Verletzung der Gesetze ihres Staates heimdienstlich tätig waren und deshalb nach Beendigung des Kalten Krieges strafrechtlicher Verfolgung und Ausgrenzung ausgesetzt wurden und werden.

Ein Gebot der Stunde ist auch die Beendigung jeglicher Verfolgung und Benachteiligung sowie die Rehabilitierung der Opfer der politischen Strafverfolgung in den alten Bundesländern. Die entsprechenden Forderungen und Vorschläge hierzu unterstützen wir mit Nachdruck.

2. Ein Gesetz des Bundestages, das die sofortige und umfassende Beendigung dieser Strafverfolgung verfügt, würde nicht nur in der ostdeutschen Öffentlichkeit als ein Akt politischer Vernunft und der Fairneß gegenüber den Parteigängern des untergegangenen Staates DDR weitgehend mit Erleichterung und Genugtuung aufgenommen werden. Es könnte den komplizierten und widerspruchsvollen Prozeß der deutschen Einheit auf eigene Weise befördern.

Viele Menschen erinnern sich noch gut an den Auftrag, den der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel für die bundesdeutsche Justiz formulierte, nämlich mit den durchzuführenden Strafverfahren gegen frühere Funktionsträger der DDR maßgeblich zur „Delegitimierung des SED-Regimes“ beizutragen. Sie betrachten diese Strafverfolgung daher als politisch motiviert.

3. Ein entsprechendes Strafverfolgungsbeendigungsgesetz ist auch geboten, weil sich die Fortsetzung des Kalten Krieges mit den Mitteln der Justiz als untauglich erwiesen hat, die notwendige öffentliche Auseinandersetzung über die deutsche Nachkriegsgeschichte sachdienlich zu beeinflussen.

Umfängliche und aufwendige Anstrengungen der bundesrepublikanischen Justiz, deren Richter und Staatsanwälte die Lebensverhältnisse in der DDR sowie deren Rechtsordnung nicht kennen und sich auch nur in Ausnahmefällen bemühen, sie kennenzulernen, die Schaffung besonderer Strafverfolgungsbehörden für die Ahndung von „DDR-Unrecht“ und eines Ausnahmeregimes (besondere Verjährungsfristen), zermürende und für die Betroffenen wie für den Staatshaushalt unverträglich kostspielige Gerichtsverfahren vermochten keine überzeugenden Beweise für die Delegitimierung der völkerrechtlich anerkannten und auf internationaler Ebene

niemals wegen Menschenrechtsverletzungen kritisierten DDR zu erbringen. (...)

4. Nach dem Ende des Kalten Krieges besteht auch kein vernünftiger Grund mehr, die Verfolgung der ehemaligen Kundschafter weiter zu betreiben. Diese steht vielmehr wegen der einseitigen Rehabilitierung der für die Bundesrepublik und ihre Verbündeten tätig gewesenen Spione in eklatantem Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz aus Art. 3 des Grundgesetzes. (...)

5. Eine erste Analyse der politischen Strafverfolgung gegen frühere DDR-Bürger offenbart beunruhigende Verwerfungen rechtsstaatlicher Grundsätze durch die Justizbehörden selbst. Häufig ignorieren die Gerichte und Staatsanwaltschaften die verbindlichen völkerrechtlichen Regelungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die beteiligten Staaten, ihre Hoheitsträger und Bürger. Das wird vor allem hinsichtlich der legitimen Rechte der DDR als souveräner Staat praktiziert. (...)

6. Entgegen den eindeutigen Regelungen des Einigungsvertrages wenden die Justizorgane bei der Untersuchung und Bewertung der den Anklagevorwürfen zugrundeliegenden Sachverhalte nicht das zur „Tatzeit“ allein geltende Recht der DDR an, sondern äußern subjektive und willkürliche Vorstellungen darüber, wie die DDR und deren Rechtsordnung nach ihrer Meinung hätten beschaffen sein sollen. (...)

7. Häufig setzen Gerichte und Staatsanwaltschaften in jenen Fällen, in denen die Beweisaufnahme eindeutig die Übereinstimmung individuellen Handelns mit den gültigen und verbindlichen Rechtsvorschriften der DDR ergab, an die Stelle der klaren gesetzlichen Tatbestandsmerkmale subjektive und ideologisch gefärbte Wertvorstellungen (z.B. den Begriff der „Menschenrechtsfreundlichkeit“ der Gesetze), die sich objektiven Nachprüfungen entziehen und als eine Aufweichung der Gesetzmäßigkeit richterlicher Entscheidungen angesehen werden müssen. Sie erinnern in beunruhigender Weise an den mit der nazistischen Strafrechtsnovelle 1935 eingeführten Strafbarkeitsgrund der Nichtübereinstimmung mit dem „gesunden Volksempfinden“, der den Richter ebenfalls von der strikten Bindung an das Gesetz entthob.

8. Unter diesen Umständen besteht Anlaß zur Sorge, daß sich mit der politischen Strafverfolgung gegen frühere DDR-Bürger bedrohliche Tendenzen eines „Sonderrechts Ost“ entwickeln, die für sich allein schon den Gleichheitsgrundsatz verletzen und grundgesetzwidrig sind. (...)

Im Auftrag der Autoren: **Raoul Gefroi**

*Im 50. Jahr der Volksrepublik*

## Lernenswertes aus China

Zu Neumond Ende Januar 1999 wird nach dem chinesischen Kalender das neue Jahr beginnen. Von hunderten bemerkenswerten Mitteilungen über die Sicherung und Entwicklung des Lebens des größten Volkes in Asien und weltweit (1,23 Milliarden, also 1.230 Millionen Menschen!) im abgelaufenen Jahr wählen die meisten hiesigen Medien fast nur negative aus und bereiten sie chinafeindlich (d.h. antikommunistisch) auf.

Dabei mußte China im vergangenen Jahr außergewöhnlich viele Naturkatastrophen überstehen, die für mitteleuropäische Verhältnisse unvorstellbar sind: Erdbeben (ca. 200 km nordwestlich von Beijing), Schneekatastrophen (im Hochland von Tibet), Dürren (im Zentrum und Norden), Heuschreckenplagen (im Südwesten), wiederholte Überschwemmungen infolge monatelangen ununterbrochenen Regens (am Mittellauf des Jangtse bei Wuhan und im Nordosten bei Harbin im Mai und vom 22. Juni bis Mitte August), Taifune (im Südosten). Diese Katastrophen forderten allein von Januar bis zum 26. Juli 1998 nicht weniger als 2.571 Menschenleben sowie Millionen Obdachlose. Sie verursachten einen direkten wirtschaftlichen Schaden von 153,1 Milliarden Yuan (18,5 Milliarden Dollar).

Dennoch wurde Ende 1998 in Beijing resümiert, was es den fast 25 Prozent der Erdbevölkerung, die in China leben, gebracht hat, daß seit 20 Jahren auf Empfehlung des Parteiführers und Staatsmanns Deng Xiaoping für die Entwicklung des Landes z.B. Wirkungen des Warenaustausches, ausländischer Investitionen und differenzierter Eigentumsformen genutzt werden.

Im Gegensatz zur UdSSR existiert die Volksrepublik China weiter, im Unterschied zu Rußland kann sich die chinesische Bevölkerung trotz jährlich zu bewältigender schwerer Naturkatastrophen besser als jemals zuvor ernähren und kleiden. Schrittweise schafft sie sich ein besseres Obdach. 1978 betrug das Wirtschaftswachstum des Landes 7,8 Prozent. Dabei wird die VR China von der KPCh einheitlich geführt. Die Kommunistische Partei zählt jetzt fast 60 Millionen Mitglieder. Nach zwei Jahrzehnten des Steuerns dieses Kurses und im Ergebnis gründlichen Studiums der Erfahrungen und Entwicklungsfolgen in der UdSSR sowie deren Einflußbereichs, insbesondere seit 1989/91, stellte der Generalsekretär des ZK der KP Chinas und Präsident der Volksrepublik, Jiang Zemin, vor kurzem fest, daß der Weg des chinesischen Volkes in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten nur durch die sozialistische,

nicht aber durch die kapitalistische Gesellschaftsordnung garantiert werden könne. Am 1. Oktober 1999 wird die Bevölkerung Chinas den 50. Jahrestag der Ausrufung ihrer Volksrepublik durch Mao Zedong begehen. (Sie entstand nur eine Woche vor der Gründung der DDR.) Da ist es für uns angesichts eigener Erfahrungen nicht verwunderlich, daß die (in der Berliner BRD nun rosa/grünen) Sachwalter der Interessen des Finanzkapitals darüber nicht besonders erfreut sind. Daher ihre unermüdliche Suche nach „Einfallstoren“, durch die sie in die Volksrepublik eindringen und deren öffentliche Ordnung „reformieren“, „hinwegdemokratisieren“, d.h. umstülpen wollen: nämlich über Hongkong (Einpflanzen kapitalistischer politischer Strukturen); über Tibet (Mißbrauch religiöser Einrichtungen); über Investitionen, Beteiligungen und gestattete Produktionen (Kapitalexport); über „demokratische Gewerkschaften“, die gegen KP und Zentralregierung aktiv werden sollen; über westliche bürgerliche „Menschenrechte“; über die „Erhaltung der chinesischen Umwelt“, die angeblich der gesamten Erdbevölkerung „gehört“ usw.

Aber die Volksrepublik China - ein sozialistischer Staat, der von der Kommunistischen Partei geführt wird - lebt und gedeiht bisher erfolgreich, gerade auch durch die selbstkritische Fähigkeit ihrer maßgeblichen Persönlichkeiten, die in den 60er und 70er Jahren betriebene „Politik des großen Sprungs nach vorn“, der „Volkskommunen“ und der „Kulturrevolution“, die das Land nach Einschätzung der KPCh in der Entwicklung um Jahrzehnte zurückwarf, selbst zu überwinden. Am 20. Dezember 1999 wird die portugiesische Besetzung Macao wieder zu China gehören. Auf Taiwan aber fordern nicht zuletzt auch Geschäftskreise immer stärker, den Anspruch des dortigen Regimes auf Alleinvertretung der am 1.1.1912 gegründeten Republik China aufzugeben und endlich normale Beziehungen zum Festland herzustellen.

Nach Studien - auch des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank - könnte China in den nächsten 20 Jahren unter weitere kluger Führung der bedeutendste wirtschaftliche Aufschwung eines südostasiatischen Landes bevorstehen. Aus eigener Erfahrung eines erst kurz zurückliegenden einjährigen Aufenthalts in China kann ich nur sagen: Von der KPCh gibt es offensichtlich Interessantes zu lernen. Hochachtung und schon jetzt alle guten Wünsche für den 50. Jahrestag des Bestehens der Volksrepublik.

**Eike Kopf**

## 5. Jahreskonferenz von „Straight Left“

### Sozialismus im Zentrum

In London hat die 5. Jahreskonferenz von „Straight Left“ - einer kleinen linksorientierten Monatsschrift - stattgefunden. Das Blatt existiert seit fast 20 Jahren und setzte sich von Anfang an das Ziel, eine nicht-sektiererische linke Zeitung zu sein, die den Realsozialismus unterstützte und dem Kapitalismus entgegentrat.

Die Konferenz Ende 1998 stand unter dem Thema „Sozialismus im 19., 20. und 21. Jahrhundert“. Die Teilnehmer - das Kolloquium wurde von „Straight Left“-Mitarbeiter Noah Tucker moderiert - diskutierten vor allem über die Bedeutung der Pariser Kommune und die nachfolgenden Ereignisse, die den Lauf der Geschichte änderten. Der Ökonom Hartwig Stroschein von der DKP Berlin Nordost gab zu der Frage Auskunft: Hat der Sozialismus versagt? Er schilderte anschaulich und engagiert, wie die DDR das Leben in einem Teil Deutschlands in knapp 40 Jahren verändert hat. Fergus Nicholson, der regelmäßig den Harry-Steel-Artikel - eine Hauptkolumne - für „Straight Left“ schreibt, vertrat den Standpunkt, daß der Sozialismus nicht so sehr aufgrund innerer Probleme oder Fehler zerfallen sei, sondern daß das zerstörerische Wettrennen zwischen dem Kapitalismus und ihm als eine Hauptursache für sein Ende betrachtet werden müsse. Diese „Konkurrenz“ sei vom US-Imperialismus mit dem alleinigen Ziel herbeigeführt worden, den Sozialismus zu zerbrechen. Brian Filling, Direktor der Konferenz, präziserte die Probleme des 21. Jahrhunderts, um den Zuhörern mögliche sozialistische Denkanstöße zu geben.

Tony Benn, eine in Großbritannien sehr bekannte Persönlichkeit und vielleicht der konsequenteste linke Labour-Abgeordnete im britischen Unterhaus (er bewarb sich vor einigen Jahren leider erfolglos um den Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden), sprach von Befürchtungen und Hoffnungen. Er drang darauf, den Menschen mehr Selbstvertrauen zu vermitteln, da nur so Motivierte wirkliche Veränderungen herbeiführen könnten. Der südafrikanische Kommunist George Johannes dachte über Fragen der Entwicklung des revolutionären Prozesses in seinem Land nach, in dem das Kapital trotz der demokratischen und antirassistischen Wandlungen nach wie vor über starke Positionen verfügt. Kann Südafrika im 21. Jahrhundert einen sozialistischen Weg beschreiten? stellte er zur Diskussion. Auch die Sowjetunion, Simbabwe, Kuba, Angola und die Karibik spielten in der Debatte eine Rolle.

Die kleine Konferenz hat ihren Teilnehmern wertvolle Anregungen zum Weiterkämpfen gegeben.

**Pat Turnbull, London**

## Retten kann uns nur eins ...

Sogar in der Politik, der nachweisbar redseligsten Branche menschlicher Tätigkeit, gilt die Regel: Sprechen ist Silber, Schweigen Gold. Davon überzeugt man sich wieder, wenn man sieht, welche Rängeleien die unzulässigen Worte des Generals Makaschow entfesselt haben. (...)

Wenn aber die Worte auf der Kundgebung kein Zufall, kein Versprecher waren, sondern die (bestimmt unbewußte) Erfüllung eines gesellschaftlichen Auftrags, so muß man zugeben, daß mit Makaschows Zunge das antisemitische pseudonationale russische Kapital sprach. Es hat im Konkurrenzkampf mit dem zionistischen Kapital die erste Schlacht bei der räuberischen Aufteilung der Reichtümer Rußlands verloren und dürstet nach Revanche. Und es bemüht sich, die antisemitischen und russophoben nationalistischen Stimmungen zu nutzen.

Historisch ergab sich, daß die Vertreter der zionistischen bürgerlichen Weltgruppierung den Stoßtrupp bei der Kapitalisierung Rußlands bildeten. Dabei muß betont werden, daß die großen bürgerlichen Gruppierungen, die auf anderen nationalen oder sozial-politischen Grundlagen basieren, in keiner Weise besser sind als das zionistische Kapital.

Ursache dieser Rolle des zionistischen Kapitals war die, gelinde gesagt, spezifische Politik der Führung der UdSSR gegenüber der jüdischen Diaspora in der Stagnationszeit. Erstens erfolgte durch diese Politik eine vollständige Entfernung der Juden aus der Partei- und Staatselite. Im Ergebnis dessen entfremdeten sich die Juden von den Staatsinteressen. Zweitens wurde eine breite Emigration der Juden aus der UdSSR gefördert, wodurch sich die Verbindung der inneren Diaspora mit der ausländischen, praktisch unter dem Einfluß des zionistischen Kapitals stehenden, festigte.

Die mit Gorbatschows Perestrojka begonnene offizielle Zerrüttung der staatlichen Grundlagen der UdSSR wurde von einem Teil der jüdischen Diaspora mit Begeisterung aufgenommen. Sie wurde einerseits der Vortrupp der Perestrojka und andererseits zum Vermittler des westlichen Einflusses auf diesen Prozeß. Im Unterschied zur Elite von Partei und Staat, die im wesentlichen aus der Stammnation kam und in ihren Handlungen durch die sowjetische Ideologie an die staatlichen Interessen der UdSSR gebunden war, blieb die Diaspora von solchen Interessen frei.

Die Elite von Staat und Partei hat die Kapitalisierung mit einem gewissen Widerstand aufgenommen. Innerlich war sie von ganzem Herzen bestrebt, die administrative

Macht, die sie im Sowjetstaat besaß, in ökonomische Macht, in das Kapital einzutauschen. Das Verbot der KPdSU und die Zerstörung der UdSSR haben sie befreit. Trotzdem kam die „Stamm“-Elite beim Start im Lauf um das Kapital etwas zu spät. Als erste und mit besseren Startbedingungen kamen die Vertreter der jüdischen Diaspora zur Kapitalisierung. Sie waren durch keine ideologischen Komplexe an „dieses Land“ gebunden. Außerdem wurden die Verbindungen zum zionistischen Weltkapital - während der Emigration geknüpft und in der Perestrojka gefestigt - zur Grundlage der Infrastruktur für das Auspumpen der im Lande angesammelten Reichtümer.

Ungeachtet dessen, daß die „Stamm“-Elite der Administration zu spät zum Start antrat, haben ihre Vertreter die erste Strecke recht flott zurückgelegt und bilden heute eine reale Konkurrenz für das zionistische Kapital. Wir sehen die zugespitzte Konkurrenz zwischen dem zionistischen und dem „nationalen“ Kapital besonders auffällig bei Zänkereien in Massenmedien, die von einzelnen Gruppierungen gekauft sind. An Schärfe gewinnen diese Auseinandersetzungen durch die Tatsache, daß die russische kriminelle Welt (die sogenannte russische Mafia) immer mehr Partei für das „Stamm“-Kapital ergreift. Es ist schwer zu sagen, welches Kapital dem Lande mehr schadet - das zionistische oder das nationale. Beide sind schlecht. Dessen ungeachtet fühlt sich das nationale Kapital „hintergangen“. Diese Rückschläge im Konkurrenzkampf werden in der politischen Tätigkeit der volkspatriotischen Opposition sichtbar. Das „benachteiligte“ nationale Kapital geht in letzter Zeit immer mehr auf diese Opposition zu.

Es ist klar, daß verschärfte Konkurrenz und wachsende Schwierigkeiten bei der Gewinnerwirtschaftung unter den heutigen Bedingungen die Vorteile, die das zionistische Kapital zu Beginn der Perestrojka besaß, zunichte machen. Die Vorteile werden sogar zu Nachteilen. Denn die Verschärfung der sozialen Situation weckt bei den Volksmassen das natürliche Bestreben, „die Schuldigen“ zu finden. Und solche „Schuldigen“ sind bekannterweise immer primär die „Andersgläubigen“ und die „Vonwoandersherstammenden“. Dieses nutzen die bürgerlichen „Stamm“-Gruppierungen im Konkurrenzkampf gegen das zionistische Kapital.

Natürlich ist es falsch, die zionistische bürgerliche Gruppierung zur allein-schuldigen an all unserem Unglück zu stempeln. An unserem Untergang arbeitet das gesamte Weltkapital, unabhängig von der

nationalen oder Klanzugehörigkeit. Das ist das amerikanische, das deutsche, das südafrikanische Kapital und viele andere, die im allgemeinen in scharfem Konkurrenzkampf miteinander und gegen das zionistische Kapital stehen. Nun sieht es aber so aus, daß es welche gibt, die nachweisen wollen, daß nur das zionistische Kapital böse, das „nationale“ aber nützlich sei; man müsse ihm vertrauen und ihm das letzte, was wir noch besitzen, ausliefern. (...)

Es gibt nur eine Schlußfolgerung: Der einzige Feind Rußlands ist das Kapital; wenn es will, läßt es sich Schläfenlocken wachsen oder es marschiert als SA-Mann mit rasiertem Kopf; es kann sich aber auch ein Russenhemd anziehen oder eine Schirmmütze aufsetzen. Das alles ist unwichtig - wichtig ist nur die bequeme Möglichkeit, das werktätige Volk zu berauben.

Retten kann uns nur eins: Die Proletarier aller Länder müssen sich vereinen! Die Proleten aller Völker und Nationalitäten. Und wenn sie auch heute nicht nur an der Werkbank stehen oder Eisen gießen, sondern auch Kinder unterrichten, am Computer arbeiten, Vorlesungen vor Studenten abhalten oder am Pult eines Atomkraftwerks ihren Platz haben - es sind diejenigen, die den Reichtum der Welt erschaffen, die mit ehrlicher eigener Arbeit ihr Brot verdienen.

**I.W., Kandidat der historischen Wissenschaften**

*Übersetzung des am 26.11.1998 erschienenen Artikels: Dr. Ing. Peter Tichauer*

### Die DKP Nordost

**lädt ihre Mitglieder, Sympathisanten und Freunde zu einer Veranstaltung am**

**Freitag, dem 26. Februar 1999, um 19.00 Uhr**

**in das alte ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz ein.**

**THEMA:**

**KOMMUNISTEN AN DER RUHR, INTERESSENVERTRETUNG UND REVOLUTIONÄRE STRATEGIE**

**Es spricht der Bezirksvorsitzende der DKP Ruhr-Westfalen,**

**Genosse Patrik Köbele**

## Vor 60 Jahren fiel die Spanische Republik

# „Jetzt blüht wieder Mohn im Jaramatal ...“

Vor 60 Jahren zerschlug der Faschismus die Spanische Republik. Ende Januar 1939 gingen die Internationalen Brigaden zu ihrem letzten Einsatz an die Front. Hervorragend ausgerüstete deutsche, italienische und spanische Faschistentruppen waren in Katalonien eingefallen. Verbände der republikanischen Volksarmee versuchten, den nun überlegenen Gegner aufzuhalten. Als dies nicht mehr gelang, mußte der Rückzug organisiert und der Strom der Flüchtlinge geschützt werden. In den Tagen vom 9. bis 12. Februar überquerten auch die Einheiten der XI. Interbrigade mit Resten der Volksarmee Frankreichs Grenze. Sieben Wochen später fiel Madrid, von feigen Kapitulanten und durch den Verrat rechter Sozialdemokraten preisgegeben, in die Hände der Faschisten. Im ganzen Land errichteten sie ihr grausames Regime. Hitler und Mussolini brachten sechs Jahre lang Krieg und Massenmord über Europa. Die Sowjetunion und deren Verbündete zerschlugen 1945 die faschistische Aggression. Doch den Völkern Spaniens brachte der 8. Mai nicht die Befreiung. Mehr als drei blutige Jahrzehnte mußten sie noch die von den USA und der NATO gestützte Franco-Herrschaft ertragen. Erst 1978 - drei Jahre nach dem Tod des Caudillo - wurde eine bürgerlich-demokratische Verfassung verabschiedet. 1979 reiste ich mit einer Genossin, die heute mit ihrer Familie in Katalonien lebt, zum ersten Mal nach Spanien. Per Anhalter, ein kurzes Stück mit der Bahn. Mühsam. Wir wollten das Land sehen, „wo so viele der Besten begraben“, die Schauplätze der Kämpfe aufsuchen, das, was für uns und Millionen anderer ein unsterbliches Beispiel internationaler Solidarität ist, vier Jahrzehnte nach Zerschlagung der Republik, noch einmal in uns aufnehmen.

Die Pyrenäen. Wenn du auf der spanischen Seite nach Süden gehst, drehst du dich froh um, weil sie hinter dir liegen. Auch davon sprechen Frauen und Männer, die vom Juli '36 an in den Kampf gegen die Faschisten zogen: Die Herzlichkeit, der Jubel, mit denen sie die Menschen in den Dörfern und an der Bahnstrecke empfingen, der Wein, die Früchte ... Wenn du mit dem Gesicht nach Norden gehst, drehst du dich traurig um zur Ebene und dem Meer, zu dem Land, das du verläßt. Wie schwer muß dieser Weg im Februar 1939 gewesen sein - in die Internierung, die schutzlosen Lager an den Stränden des Golfe du Leon, dorthin, wo nun Bungalows, Hotels, Ferienhäuser um die kleinen Dörfer gewachsen sind und Urlauber sich in der Sonne erholen, wohl ohne je an die Tausende aus vielen Ländern zu denken, die gegen Hunger, Krank-

heit, eisigen Pyrenäensturm und die Schikanen von Wachsoldaten weiter Widerstand leisteten.

Am 12. Februar 1939 gingen die Reste des Thälmann-Bataillons bei Port Bou über die Grenze. Die Bahnhöfe von Cerbere und Port Bou bestehen noch aus den alten Gebäuden und Hallen. Wer hat hier schon alles gestanden und wartend zu den Stahlkonstruktionen aufgeblickt, den Tunnel in diese oder jene Richtung vor oder hinter sich? Das Stationsgebäude von Port Bou wurde Anfang der 90er renoviert, auch die Kneipe, deren Wirt als Angehöriger der anarchistischen CNT/FAI gegen die Faschisten kämpfte; manchmal steht der alte Mann noch selbst hinter dem Tresen und verkauft mit seinen Kindern Essen, Kaffee, Bier oder Cognac an Reisende aus vielen Ländern, Bahnarbeiter und auch an die Gendarmen der Guardia Civil. Der Zug in Richtung Barcelona fährt durch Tunnel und über Brücken, die letzten Kilometer in den Bergen am Meer entlang. Colera - von der kleinen Station ist der Ort zu sehen in einer Bucht, in die das reißende Ungeheuer fließt, in das sich bei Regen jenes kleine, oft trockene Flößchen verwandeln kann, an dem die „Thälmmänner“ ihr letztes Gefecht kämpften.

Dann geht die Strecke in die Ebene zwischen Figueres und Girona, wo Rio Fluvia und Rio Ter das letzte Stück ihres Weges ins Meer zurücklegen. Hier führten die Truppen des V. Armeekorps mit dem Thälmann-Bataillon ihre Rückzugsoperationen aus, die Zehntausenden die Flucht nach Frankreich ermöglichten. In Figueres trat Spaniens rechtmäßige Regierung am 1. Februar 1939 zum letzten Mal vor dem Weg ins bittere Exil zusammen. Zwei Tage danach legten faschistische Bomber die Stadt in Schutt und Asche. Als wir 1979 vom Norden her nach Figueres kamen, begrüßte uns an einer der Mauern die Reproduktion von Picassos „Guernica“ - ein unvergeßliches Salut. Pablo Nerudas „Spanien im Herzen“ wurde in einem Kloster bei Girona zwischen fallenden Bomben in den letzten Tagen vor der Flucht nach Norden gedruckt, von Frontsoldaten, auf Papier aus den Uniformen gefallener Feinde und auch einer ihrer Fahnen ...

Weiter ins Land, durch Barcelona nach Süden, über den Rio Ebro. Unter einer neuen Brücke strömt er breit nach Osten in sein Delta. Im Westen die Kämme der Sierras, die 1938 so hart umkämpft waren. Tortosa, die kleine Stadt am Fluß, von deren Zerstörung durch die deutschen Faschistenbomber Willi Bredel der Welt eindrucksvoll berichtete.

An der Straße von Valencia nach Madrid passierst du einen Stausee, vom Franco-Regime angelegt. Unterhalb der hohen Mauer stehen ein paar alte, kleine Häuser, die Venta de Contreras - dort machte die Kolonne halt, die die Regierung der Republik im Herbst 1936 aus dem bedrohten Madrid evakuierte. Die schmale, gewundene Straße liegt nun abseits der neuen breiten, und neu ist auch die Brücke bei Arganda, so nahe schon vor der Hauptstadt ... Am Jarama. „Unsere Brücke“, die alte, die gegen die Faschisten gehalten wurde, steht noch immer, unbeachtet vom großen Verkehr, Denkmal einer historischen Schlacht. 1979 war sie sehr rostig, aber Genossen, die sie anderthalb Jahrzehnte später sahen, fanden sie restauriert.

„Wir ziehen in eine andre Welt, als Partisanen, nicht als Veteranen ...“ singt Ernst Busch. Gedenksteine in Frankreich, manche direkt im Maquis, andere im Zentrum der Orte, mit französischen, spanischen, katalanischen, deutschen, jugoslawischen, polnischen, italienischen, sowjetischen Namen zeugen davon, wie Interbrigadisten den antifaschistischen Befreiungskampf in der Resistance fortsetzten.

Die Franco-Faschisten bauten anderes für ihre deutschen Komplizen. 1940 schlossen Himmler und Franco einen „Polizeivertrag“: Scharen von erfahrenen Gestapo- und SS-Schergen bauten den Terrorapparat auf. Sie blieben unbehelligt, als Europa 1945 befreit war, und bekamen noch Verstärkung von einigen jener Mörder, die vor den Siegern zu Franco fliehen konnten ... „Los Alemanes“ leben da, sagen die Menschen aus den Dörfern der Umgebung zu einer Anzahl schöner weißer Villen, abgelegen zwischen militärischem Sperrgebiet an der Straße nach Gibraltar. Sie sagen das mit Abneigung, und irgendwann fanden wir heraus, daß dort solche Nazis wohnen und ihre Renten fürs Foltern und Morden verzehren.

Auf welchen Straßen und Wegen die Interbrigaden in jenen Januartagen von den Dörfern am Ter in den neuen Kampf zogen? Viele Brücken wurden beim Rückzug gesprengt, manche Straßen seither gebaut. Die Trasse der Bahn blieb wohl die alte. Zur Front ging es nach Süden. Granollas. Ein wenig südlich davon fiel am 28. Januar 1939 der Divisionskommissar Ernst Blank, Antifaschist aus München, im Kampf mit den von Barcelona weiter vorrückenden Faschisten ... Von Granollas zum Grenzübergang La Jonquera führen die Nationalstraße II und die Autobahn 7. Auf La Jonquera zogen sich die Interbrigadisten kämpfend

*Fortsetzung auf Seite 17*



**SPD-Sozialchauvinist Koschnik:**

## Kosovo - „ureigene deutsche Angelegenheit“

Einst war er SPD-Bürgermeister von Bremen, dann durfte er sich - aus dem Ruhestand heraus - als UN-Beauftragter in Mostar versuchen. Obwohl dort mit seiner „Versöhnungs“-Mission zwischen kroatischen und moslemischen Bosniern offensichtlich gescheitert, berief ihn noch die Kohl-Regierung zu ihrem „Bosnien-Beauftragten“. Sie wußte, warum - hatte sich Koschnik doch unter dem Schutz seines internationalen Mandats hinter den Kulissen als zuverlässiger Sachwalter der machtpolitischen Interessen des deutschen Imperialismus in Jugoslawien erwiesen. Wie ausweitend Herr Koschnik die „deutschen Interessen“ interpretiert, macht eine in der „Berliner Morgenpost“ vom 10. Januar 1999 auf Seite 1 zitierte Äußerung deutlich, der zufolge augenblickliche Entwicklungen die Lösung des Kosovo-Konflikts zur „ureigenen deutschen Angelegenheit“ werden ließen. Koschnik begründet das mit der Befürchtung einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen.

So weit sind wir also schon wieder, daß ein hoher Repräsentant der Bundesregierung die internen Probleme eines anderen souveränen Staates zur „ureigenen deutschen Angelegenheit“ erklärt und, um keinerlei Unklarheiten aufkommen zu lassen, im glei-

chen Interview notfalls militärisches Eingreifen fordert, „wenn’s nicht mehr anders geht“. Heute wird im Zeichen der seit der Annexion der DDR „gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands“ Kosovo zur „ureigenen deutschen Angelegenheit“, morgen vielleicht schon Oberschlesien, wenn es da einmal Probleme mit der deutschen Minderheit geben sollte, und übermorgen wird möglicherweise die Sicherung der Erdgaslieferungen aus Rußland, von denen wir in unserer Energieversorgung zum Teil abhängig sind, zur „ureigenen deutschen Angelegenheit“. Oder die Gewährleistung des ungehinderten Schienen- und Straßenverkehrs durch Frankreich, falls mal wieder Streiks der dortigen LKW-Fahrer und Eisenbahner die Zulieferungen für die deutsche Automobilindustrie aus Spanien und Portugal unterwegs blockieren. Ganz Europa wäre dann eine „ureigene deutsche Angelegenheit“. Lenin bezeichnete solche Leute wie die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, die noch 1916 „Siegfrieden“ und „Annexionen“ forderten, als „Sozialchauvinisten. Wie ungeniert sie sich an die Seite selbst der Faschisten begeben, demonstrierte die SPD-Reichtagsfraktion, als sie 1933 dem außenpolitischen Programm Hitlers zu-

stimmte und gemeinsam mit den Nazis „Deutschland, Deutschland über alles ...“ anstimmte.

Herr Koschnik singt heute „Einigkeit und Recht und Freiheit ...“, aber indem er den Kosovo zur „ureigenen deutschen Angelegenheit“ erklärt, die notfalls militärisches Eingreifen erfordere, setzt er die üble Tradition der Sozialchauvinisten in den Reihen der SPD von 1916 und der SPD-Reichtagsfraktion von 1933 fort!

Rolf Vellay, Datteln

### Nicht zu fassen

Die PDS-Bundestagsfraktion hat am 19. Januar beim jugoslawischen Präsidenten Milosevic, nicht aber bei der NATO in Brüssel protestiert, und verlangt, „alle Schritte zu unterlassen, die zu einer weiteren Eskalation des Konflikts beitragen können.“

Eine ungeheuerliche „Verwechslung“ von „Tätern“ und „Opfern“ der NATO-Aggressionspolitik.

Fortsetzung von Seite 16

zurück, die nicht Richtung Meer und Port Bou abgedrängt wurden. Wo heute Fernfahrerkeipen, Restaurants, Geschäfte für Grenzeinkäufer aus Frankreich und Wechselstellen an der Paßstraße stehen und abseits vom bewegten Treiben im eigentlichen Ort das Leben der Menschen seinen Lauf nimmt, traten die Interbrigadisten zum letzten Appell an ... „Zum ersten Mal in der Geschichte des Kampfes der Völker wurde durch die Formierung der Internationalen Brigaden das durch seine Größe erstaunliche Schauspiel geboten, ein in seiner Freiheit und Unabhängigkeit bedrohtes Land, unser Spanien, retten zu helfen ...“, sagte Dolores Ibárruri, La Pasionaria, zum Abschied den Interbrigadisten. Und Rafael Alberti sang ihnen, als wäre sein Lied für alle Zeit in die Pyrenäenberge eingemeißelt:

„Ihr kamt von weit, sehr weit ... doch diese Weite, was ist sie Eurem Blut, das ohne Grenzen singt? ...“  
Salud, Compañeros y Compañeras!

Werner Hoppe, Hamburg

### Ein Buch Ralph Hartmanns über Jugoslawien

## Sachkundig und glaubhaft

Heutzutage, da über Jugoslawien Lügen aller Art verbreitet werden, ist ein Buch der klaren, überschaubaren Fakten bitter nötig. „Die ‚ehrlichen Makler‘“ von Ralph Hartmann erfüllt diesen Zweck. Das Buch faßt die Tatsachen zusammen und stellt die Rolle der Bundesrepublik bei der Zerstückelung und Bedrohung Jugoslawiens klar heraus. Wir bekommen eine umfassende und überzeugende Vorstellung von den Geschehnissen - vom Anfang der Entwicklung bis zur heutigen Eskalation. Ralph Hartmann arbeitete 13 Jahre seines Lebens in Jugoslawien, davon sieben als Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik. Er zeichnet ein wahrhaftiges, glaubhaftes Bild, auch von der Zeit vor dem tragischen Kriegsgeschehen, das wir gegenwärtig erleben müssen.

Als Ungarin habe ich eine besondere Beziehung zu Jugoslawien. Nicht nur, weil ich als Chefsprecherin des ungarischen Rundfunks zwischen 1948 und 1952 Tito stets als „Kettenhund des Imperialismus“ bezeich-

nen mußte. Ich spüre vor allem auch die Gefahr, die jetzt von der gemeinsamen Grenze ausgeht. Und ich weiß von „Grünen Baretten“, die für harte Dollar in Ungarn als Söldner angeheuert werden. Man wird das allerdings nur schwer beweisen können, da es top secret ist. Aber auch das gehört zum Szenario der „ehrlichen Makler“. Man muß Hartmanns Buch lesen, um zu erfahren, wie Kriege auf dem Balkan angezettelt werden, in die man schließlich selbst wieder einsteigen kann. Der einstige Diplomat der DDR hat die Geschichte von beiden Seiten kennengelernt und bezieht aus meiner Sicht den richtigen Standpunkt. Man redet heute so viel über Jugoslawien; Ralph Hartmann weiß, wovon er spricht und schreibt.

Márta Rafael

Ralph Hartmann, *Die „ehrlichen Makler“*, Dietz Verlag Berlin, 1998, 255 Seiten, DM 24,80, ISBN 3-320-01958-9

## Reporterskizzen (9)

## „...und Gottes reichen Segen“

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich habe eine ganz besondere Affinität zu Bonn. Meine mütterliche Verwandtschaft kam von dort. Die Urgroßmutter meiner Urgroßmutter - Eva Eichhoff, geborene Grau - war wie ihre jüngere Schwester Gertrude Sängerin in der Hofkapelle des Kurfürsten und Erzbischofs von Köln, der im Bonner Schloß Poppelsdorf residierte. Ihr Mann - mein Urahn Johann Joseph Eichhoff - diente seiner Durchlaucht als Mundkoch. Zu den männlichen Kollegen der Grau-Schwester gehörte der Tenorist Johann van Beethoven, der Vater Ludwigs. Später wurde auch dieser - bis zu seiner Abreise nach Wien im Jahre 1792 - in die Hofkapelle aufgenommen, wo er bisweilen die Orgel spielen durfte. Die Eichhoffs waren eng mit Ludwig van Beethoven und dessen Gefährtin Babette Koch befreundet. Durch die Französische Revolution avancierte Johann Joseph. Nach der Besetzung des westlichen Rheinufer durch die napoleonischen Truppen gehörte er zunächst einem Revolutionären Obergericht als Nationalagent (Staatsanwalt) an. 1801 ernannte ihn Bonaparte zum Maire (Bürgermeister) von Bonn. Doch schon 1804 fiel der höfische Plebejer nach einem gemeinsamen Ausritt mit dem Franzosenkaiser, bei dem er vom Pferd stürzte, als Emporkömmling in Ungnade. Da er sich aber zu einem Experten für Schiffsfragen entwickelt hatte, berief ihn Napoleon 1811 zum Generaldirektor der Rheinzollbehörde.

Die kleine Geschichte habe ich hier nicht offenbart, um die glanzvolle Vita meiner Vorfahren zu beleuchten, sondern weil sie für das Verständnis einer besonders reizvollen Episode von Belang ist.

Zu Zeiten der DDR hatte so mancher von uns seine ehrenamtlichen Aufgaben. Nach fünfjähriger Tätigkeit als ND-Korrespondent in Lissabon (1974-1979) arbeitete ich u. a. in der Leitung der Freundschaftsgesellschaft DDR-Portugal mit. Anfang 1990 wurde ich zu deren Vorsitzendem gewählt. Damals erwogen wir eine künftige Vereinigung unserer DDR-Gesellschaft, in der ein beachtliches politisch-kulturelles Erfahrungspotential vorhanden war, mit der Deutsch-Portugiesischen Gesellschaft der BRD (DPG). Im Sommer 1990 traf ich mich in einem Lissaboner Café mit deren Präsidenten Peter Neufert zu einem Sondierungsgespräch. Der steinreiche Unternehmer aus Köln, der in Hitlers Luftwaffe Kampfflieger gewesen war und sich politisch am rechten Rand der CDU einordnete, besitzt im südportugiesischen Montargil ein Hotel und am Fuße des Sintra-Gebirges eine elegante Villa mit eigenem Tennis-Platz. Zu jener Zeit pflegte er per Privatflugzeug einzuschweben, während seine Jacht irgendwo an

Portugals Atlantikküste ankerte. Herr Neufert, der mich trotz meiner „kommunistischen Neigungen“ korrekt behandelte, da er auf die Kapazitäten aus unserer DDR-Portugal-Gesellschaft spekulierte, um seinem glanzlosen Verein neues Leben einzuhauchen, erschien in dem Lokal an der Praca dos Restauradores nicht ohne Begleitung. Der höfliche junge Mann an seiner Seite stellte sich als Andreas Berns vor. Er sei persönlicher Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten Siegfried Hornung. Dieser aber spiele eine wichtige Rolle in der parlamentarischen Freundschaftsgruppe BRD-Portugal.

Später fand dann - nach einem vorangegangenen „Festakt“ in einem Salon des Ostberliner Schauspielhauses am Gendarmenmarkt, auf dem Neufert und ich gesprochen hatten - bei Kassel ein Kongreß der nun gesamtdeutschen Portugal-Gesellschaft statt. Unsere neuen „Partner“ - es handelte sich überwiegend um betuchte Firmenbesitzer, Weingroßhändler und Touristikmanager, die ihren Reichtum vor allem der Armut des portugiesischen Volkes verdankten - versteckten ihre Krallen, trugen Liebenswürdigkeit zur Schau und wetzten ihre Zungen an Vokabeln wie „Gleichberechtigung“ und „Einfließen der Erfahrungen beider Seiten“. Während des Kongresses verlieh mir Präsident Peter Neufert die „Goldene Ehrennadel“ der DPG. Schließlich wurde ich mit deutlicher Mehrheit zu deren Stellvertretendem Präsidenten gewählt. Der Verein konnte sich durch den Zusammenschluß - es handelte sich nicht um einen bloßen Beitritt der DDR-Gesellschaft - rühmen, jetzt über 2 500 Mitglieder zu zählen. (Vorweggenommen sei, daß sich die meisten von uns schnell wieder aus der DPG abseilten, als sich herausstellte, daß eine Orientierung auf wirkliche Freundschaft zum portugiesischen Volk mit den Herrschaften dieser Filiale der bundesdeutschen Unternehmerverbände nicht durchzusetzen war.)

Nach der Rückkehr aus Kassel traf bei mir ein Telegramm ein, das Stil verriet: „Herzlichen Glückwunsch zur Wahl auf Schloß Waldeck. Gesundheit und Gottes reichen Segen wünscht Ihnen Ihr Büro Siegfried Hornung MdB aus Bonn. Andreas Berns.“

Zunächst bemühte ich mich, meinen Spielraum auszuloten. Im Herbst 1990 - damals arbeitete ich als Redakteur beim „Neuen Deutschland“ - wurde mir durch Neufert eine Mission besonderer Art übertragen. In Bonn lief gerade die „Parlamentarische Freundschaftswoche BRD-Portugal“, zu der aus Lissabon eine hochrangige Delegation mit Abgeordneten aller Fraktionen der Versammlung der Republik angereist war. Bei der

mehrtägigen Routineveranstaltung standen Besichtigungen, Treffen und Kolloquien auf dem Programm. Am Sitz der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft sollte der DPG-Präsident im Beisein der Gäste, des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, des portugiesischen Botschafters und zahlreicher Bundestagsabgeordneter über die „Entwicklung der Freundschaft“ oder wer weiß was einen Vortrag halten. Anschließend war ein Gala-Empfang vorgesehen.

Zwei Tage vor dem Ereignis - es sollte am 29. Oktober 1990 in der Bonner Dahlmannstraße stattfinden - rief mich ein vergrippter Peter Neufert an: „Schlagen Sie mir die Bitte auf keinen Fall ab: Sie müssen in Bonn für mich einspringen. Sagen Sie dort, was Sie wollen.“

Ich konnte den Wunsch des daniederliegenden Mannes nicht in den Wind schlagen. Außerdem stach mich der Hafer. So reihte ich mich als roter Rabe unter die Festredner ein. Vor mir saßen reihenweise Eminenzen und Zelebritäten. Ein guter Teil der CDU/CSU-Fraktion war erschienen. Auch FDP und SPD brillierten im Parkett. Dazu die vom Tejo angereisten Gäste.

In meiner Rede verzichtete ich natürlich auf vordergründige Polemik. Doch wer zwischen den Zeilen lesen konnte, bemerkte die versteckten Spitzen. Die DPG sei sehr heterogen zusammengesetzt, ließ ich zum Beispiel verlauten: aus dem Osten kämen Studenten und Dozenten der Romanistik, Hochschullehrer vieler Fakultäten, Sprachmittler, Ärzte, Ingenieure und andere Fachleute, die Mitglieder aus dem Westen verträten hingegen vor allem kommerzielle Bereiche. Aufmerksam lauschte das Publikum dem unbekanntem Redner. Zum Schluß sagte dieser: „Ich bin zum ersten Mal in Ihrer Stadt. Und dennoch verbindet mich mit Bonn weit mehr als wohl jeden von Ihnen. Der Urgroßvater meines Urgroßvaters - der Jugendfreund Ludwig van Beethovens Johann Joseph Eichhoff - war von 1801 bis 1804 Bonns durch Napoleon Bonaparte berufener Bürgermeister. Besitzt jemand unter Ihnen bessere Karten?“ Der Applaus war länger, als ihn Neufert hätte erwarten können. MdB Siegfried Hornung und seine Bundestagskollegen schüttelten mir bewegt die Hand. Der Botschafter und die übrigen Exzellenzen schlossen sich an. Und zum Jahreswechsel kam wieder ein Gruß von Andreas Berns aus Bonn. „Gottes reichen Segen“ ließ er mir abermals angedeihen.

Später muß wohl am Rhein durchgesickert sein, was für ein Vogel der illustren Gesellschaft da tatsächlich zugeflogen war. So versiegten am Ende meine Bonner „Quellen“.

**Klaus Steinger**

## Am Rande bemerkt

□ Da nicht jeder RotFuchs-Leser gleichzeitig auch Bezieher der „Weißenseer Blätter“ sein dürfte (obwohl sie zu den wenigen Periodika in diesem Lande gehören, deren – außerordentlich große – Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer – viel zu kleinen – Auflagenhöhe steht), möchte ich die ersten „Randbemerkungen“ im neuen Jahr nutzen, um auf einen spannenden, zweiteiligen Beitrag in den WBI Nr. 2 und 4/1998 hinzuweisen: „Das Neue alte Deutschland und Bert Brecht“ von Rosemarie Müller-Streisand. Selten habe ich auf so wenig Raum (insgesamt nicht einmal 24 Seiten) so viel Kluges und Nachdenkenswertes über „unseren“ Bertolt Brecht gelesen wie hier. Wen die bürgerlichen Versuche, BB im Zusammenhang mit seinem hundertsten Geburtstag zu vereinnahmen, ihn von sich selbst (und von uns) zu trennen, genauso anwidern wie mich, der findet bei Müller-Streisand alle Munition, um hier gegenzuhalten. Wer künftig mit dem Dialektiker aus Augsburg arbeiten, über ihn nachdenken und ihn im Klassenkampf nutzen will, der wird auf Müller-Streisands Beitrag nicht verzichten können. (Weißenseer Blätter, z.Hd. Hanfried Müller, Ehrlichstr. 75, 10318 Berlin)

□ Am 19.1. gedenken wir des 50. Todestags von **Alexander Serafimowitsch** (geboren

am 19.1.1863). Serafimowitsch hatte sich bereits während der Studentenzeit, in engem Kontakt mit dem Volkstümplerkreis um Alexander Uljanow, Lenins Bruder, die Grundlagen einer revolutionären Weltanschauung erarbeitet. Seit 1918 Mitglied der Partei der Bolschewiki gilt Serafimowitsch als Mitbegründer der Sowjetliteratur. Unvergesslich ist vor allem sein Buch „Der eiserne Strom“ über den legendären, 32 Tage dauernden Marsch der Taman-Armee. Der Autor leuchtete, wie es in einer zeitgenössischen Kritik in der „Roten Fahne“ hieß, „tiefhinab in den Untergrund des zu heldenhafter Größe emporschwachenden revolutionären Wollens“. Schon kurz nach seinem Erscheinen wurde der Roman auch in Deutschland übersetzt und fand hier, namentlich in der revolutionären Arbeiterklasse, eine weite Verbreitung und ein nachhaltiges Echo. Alexander Abusch schrieb 1925: „Als Roman ist dieses Buch auch künstlerisch von einer Prägnanz, einem kraftvollen Schwung, daß diese unheroische, todesmutige Tapferkeit der handelnden Masse uns aufs tiefste packen muß.“

□ Vor mir liegen einige Bücher eines sowjetischen Autors, meist mit den lebendigen Illustrationen Kurt Zimmermanns, über den Paustowski schrieb: „Zu seinen wunderbaren Eigenschaften gehört es, daß sein Leben niemals von seinen Büchern zu trennen ist“ – am 22.1. wäre **Arkadi Gaidar** 95 Jahre alt geworden. Er fiel kurz nach dem Überfall der Faschisten auf die Sowjetunion, als Korrespondent, Soldat, Partisan kämpfend, 37jährig im Oktober 1941 in der Ukraine. Schon bis 1974 war Gaidars bekanntestes Buch „Timur und sein Trupp“ allein in der DDR in 22 Auflagen und insgesamt 270000 Exemplaren erschienen: ein wirklicher Bestseller! Gerhard Holtz-Baumert schrieb im ND: „Mit diesem Buch gelang Gaidar ein außergewöhnlicher Glücksfall, von dem jeder Schriftsteller träumt, daß die Taten von morgen durch die Bücher von heute ausgelöst werden. Er verband in seiner Erzählung das Leben der Kinder mit dem Schicksal der sozialistischen Heimat, mit dem der Menschheit“



## Bücher-Ecke

□ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

**Franz-Josef Degenhardt:** Brandstellen Roman. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1976. 310 S.

**Ilja Ilf/Jewgeni Petrow:** Beziehungen sind alles. Erzählungen und Feuilletons. Nachwort von Gerhard Schaumann. Verlag Volk und Welt, Berlin 1981. 272 S.

**Karl Marx:** Englischer Alltag. Zusammengestellt und eingeleitet von Richard Sperl. Illustrationen von Elizabeth Shaw. Im Anhang eine ausführliche Chronik „Karl Marx und England“. Dietz-Verlag, Berlin 1968. 304 S.

**Eugène Pottier:** Die Internationale wird alle Menschheit sein! Lieder und Gedichte. Ausgewählt, eingeleitet und übertragen von Erich Weinert. Verlag Rütten & Loening, Berlin 1962. 288 S.

**Anna Seghers:** Die Rettung. Roman. Vorwort von A. S. zu dieser in 10000 Exemplaren erschienenen ersten Nachkriegsausgabe. Aufbau-Verlag, Bln. 1947. 480 S.

**Erich Weinert:** Kapitel II der Weltgeschichte. Gedichte über das Land des Sozialismus (gewidmet den Opfern der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, den Schöpfern und Verteidigern einer neuen menschlichen Ordnung in der UdSSR). Dietz-Verlag Berlin 1954. 120 S.

**Ruth Werner:** Sonjas Report. Mit zahlreichen Fotos. Verlag Neues Leben, Berlin 1977. 344 S.

W.M.

## Auf nach Kuba!

*Zwei ständige Mitarbeiter der „RotFuchs“-Redaktion und Mitglieder der Gruppe Nordost - Katrin Hellwig und Hartwig Strohschein - fliegen mit dem Brigadisten-Kontingent der DKP im Februar nach Kuba, um beim Aufbau einer zweiten Familienarztpraxis in Matanzas zu helfen. Sie werden von dort für unsere Zeitung berichten. Wir wünschen ihnen gute Gesundheit und eine erfolgreiche Arbeit auf der Baustelle.*

**DKP Nordost**



## Briefe an „RotFuchs“



Herzliche Grüße aus der Tschechischen Republik. Ich bedanke mich für die Zusendung Ihrer sehr interessanten Zeitung „RotFuchs“. Zum ersten Mal habe ich den „RotFuchs“ beim Genossen Wolfgang Nicolas auf der KSČM-Veranstaltung „Kuneticka Hora“ am 5. September 1998 gesehen. Ich machte mich dort mit einigen Artikeln bekannt. Schnell wurde die regelmäßige Übersendung vermittelt. Wir haben eine gute, langjährige Zusammenarbeit mit der PDS Cottbus und inzwischen auch feste Kontakte mit DKP-Genossen angeknüpft. Ich gehöre der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei seit 1947 an und bin jetzt in der Kreisorganisation Jičín stellvertretender Vorsitzender. Zu meinem Verantwortungsbereich gehört die internationale Arbeit.

Aus dem „RotFuchs“ übersetzte ich ohne Ihre Zustimmung den sehr aufschlußreichen Artikel „Entschuldigung“, der in unserer zentralen Zeitung „Halo noviny“ gedruckt wurde. Ich möchte noch weitere Beiträge übersetzen, z. B. „Madeleine for President“. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. Ich wünsche den Mitarbeitern des „RotFuchs“ Gesundheit und viel Erfolg für 1999.

**Dipl. Ing. Josef Havel, Jičín**

\*\*\*

Sehr geehrte Damen und Herren, dankend und mit Freude habe ich die Probeexemplare erhalten. Die schnelle Zusendung überraschte mich. Ich hatte nur davon gelesen, daß ein „RotFuchs“ existiert, kannte aber nicht den Verleger sowie eine Anschrift. Vielen herzlichen Dank für den „RotFuchs“. Ich möchte ihn auch weiter erhalten. Die Zeitschrift ist das Beste, was ich seit der Wende an aktueller marxistischer Lektüre zu lesen bekommen habe.

**Wolfgang Werner, Abgeordneter der Rostocker Bürgerschaft**

\*\*\*

Für die Glückwünsche zu meinem „85.“ meinen herzlichsten Dank. Die Worte der Anerkennung - sie übersteigen das, was ich verdient habe - werden mir Ansporn für weitere und bessere Arbeit im Dienste unserer gemeinsamen Sache sein. „Bolschewik“, „Marxist-Leninist“ heute zu sein, erfordert viel Nach- und Umdenken sowie ein entsprechendes Handeln.

**Eberhard Bock, Berlin**

\*\*\*

Lieber „RotFuchs“, ich kann es nicht länger mit ansehen, daß Ihr den unvergleichlichen

Paustowski wie Sauerbier anbietet! Deshalb bitte ich mir beide Titel „Erinnerungen an Paustowski“ und „Jenseits des Regenbogens“ zu schicken. Meine Spende ist beige-fügt.

Ich bedanke mich auf das herzlichste für den Abdruck der Rezensionen von Gerda Klabuhn zu meinen Büchern; das ist für mich eine sehr große Anerkennung, die mir zuteil wird. Herzliche Grüße von Eurem

**Armin Stolper, Berlin**

\*\*\*

Gerade habe ich das Studium der Nr. 11 unseres „RotFuchs“ abgeschlossen. Ich muß Euch, allen beteiligten Genossinnen und Genossen, für diese wiederum hervorragende Ausgabe - und das bezieht sich auf alle Artikel - auch im Namen meiner Frau Sonja herzlichen Dank sagen. Diese Zeitung gibt Kraft und Optimismus. Sie spricht in unserer Sprache. Sie widerspiegelt unsere Gedankengänge und Überzeugungen.

Nochmals herzlichen Dank auch für die uns gebotene Möglichkeit, vor Kommunisten über das MfS der DDR sprechen zu können. Es war für mich und meine Kampfgefährten ein bewegendes Erlebnis. Die DKP-Veranstaltung am 22. 12. 1998, auf der ich sprach, macht Mut, an der objektiven Aufarbeitung unserer Geschichte mitzuwirken.

**Generalmajor a. D. Prof. Willi Opitz, Potsdam**

\*\*\*

Wir freuen uns immer über die interessanten Artikel im „RotFuchs“. Mit großem Interesse haben wir Kurt Andrés Bericht über Hannelore und Klaus-Dieter Baumgarten gelesen. Der General hat uns heute morgen aus dem Knast in Düppel II angerufen und sich für die Unterstützung bedankt.

**Lisel und Heinz Deymann, Nordhorn**

\*\*\*

Im August las ich den ersten „RotFuchs“ und war sehr überrascht, daß es im linken Pressespektrum nun etwas gibt, was ich Salbei für Geist und Herz nennen möchte. Gerade bei der DKP habe ich in den letzten Jahren einen bedauerlichen Stillstand von Meinungsbildung und Öffentlichkeitsarbeit feststellen müssen, der von mir in einer Zeit kapitalistischer Manchesterkälte als schmerzlich empfunden wurde. Durch eine Genossin in Hannover erhielt ich Kopien sämtlicher Rotfuchse, die mir alle etwas sagten, kurzum gut gefielen.

Bei meinem letzten Besuch in Berlin im November sagte meine Schwester zu mir, daß ich in unserem Kampf eine Pause einlegen und mal wieder „ganz normal leben“ sollte. Ich kämpfe nun seit 30 Jahren für die bessere sozialistische Gesellschaft, davon 20 Jahre als Kundschafter für die NVA in Bonn, vier von sechs Jahren, die ich erhielt, als Gefangener der Bundesanwaltschaft in sechs ver-

schiedenen Haftanstalten meinen juristischen und politischen Kampf. Seit meiner Entlassung 1994 mit der KPF der PDS und seit 1995 auch mit der von mir mitgegründeten Initiativegruppe Kundschafter des Friedens fordern Recht, deren Vorsitzender ich seit Oktober 1998 bin.

Kampfpause? Nein, denn auch ganz aktuell wäre der Überraschungsangriff der Welt-polizisten in Irak wie auch „out of area“ der Bundeswehr in Bosnien und anderswo nicht so möglich gewesen, wenn es noch Kundschafter des Friedens und die Koexistenz zwischen NATO und Warschauer Pakt geben würde. Also geht unser politischer und juristischer Kampf weiter und ich werde, solange ich noch Kraft habe, diese im Rahmen meiner Möglichkeiten einsetzen, bis alle Inhaftierten der Klassenjustiz freigelassen und die Kundschafter rehabilitiert und entschädigt worden sind.

Nehmt mich bitte in Euren Verteiler auf, ich lege 20 DM für Portokosten bei.

**Dieter Popp, Bonn**

\*\*\*

Mein langjähriger Freund Gerhard Feldbauer hatte mich vor einiger Zeit auf den „RotFuchs“ aufmerksam gemacht. Nun habe ich die LL-Demo zum Anlaß genommen, um die Dezember-Nr. zu erwerben. Ich muß sagen, alle Beiträge waren von A bis Z interessant und lesenswert. Übrigens fand ich in den Leser-zuschriften und im Impressum eine ganze Reihe von bekannten Namen wieder. (Ich war 30 Jahre im MfAA). Ich übersende Euch mein zweites Buch „Das verflixte siebte Jahr“ (das erste - „Diplomat im besonderen Einsatz - eine DDR-Biographie“ wurde ebenfalls vom GNN-Verlag herausgegeben) mit der Bitte, gelegentlich eine Rezension im „RotFuchs“ zu veröffentlichen. Sie wäre sicher hilfreich.

**Rudolf Nitsche, Berlin**

\*\*\*

Gesundheit und Kraft für die „Füchse“ des kommenden Jahres - viel List und scharfen Biß!

**Inge und Klaus Weber, Schwedt**

\*\*\*

In „Wendezeiten“ gab es stets die Verdammung des Vorangegangenen. 1933 verfluchte der Faschismus die Weimarer Republik und versprach ein tausendjähriges Reich mit Glanz und Gloria für alles, was deutsch war. Nach 12 Jahren ging dieses Reich in Schutt und Asche jämmerlich zugrunde, schuld- und fluchbeladen. (...)

Die DDR entstand als Alternative. Für sie war der Antifaschismus Regierungsprogramm. (...) Diametral entgegengesetzt entwickelten sich beide deutsche Staaten. Sie standen sich im „Kalten Krieg“ gegenüber. Wir kennen das Ende.

Sofort setzte die Verketzerung des Vergangenen ein. 40 Jahre DDR sollen aus dem

Bewußtsein der „Ehemaligen“ ausgelöscht werden. Die Intensität der Anstrengungen bis in die Gegenwart zeugt von Haß und Furcht. Die Verzerrungen der letzten beinahe 10 Jahre haben hier ihre Wurzeln.

Eure Zeitung, die der Tilgung von 40 Jahren DDR im Gedächtnis der Menschen entgegenwirkt, versucht erfolgreich, Ursachen und Folgen des Gegenwärtigen zu erhellen, was angesichts des Monopols der bürgerlichen Medien nicht einfach ist. Darum seid Ihr ein unverzichtbares Licht in der Finsternis dieser Welt.

Dem „RotFuchs“ Kraft und Erfolg im neuen Jahr. Ich lege Euch ein paar Briefmarken als Spende bei. Eure

**Margit Brückner Schaumäker, Berlin**

\*\*\*

Von meinem alten Freund Gerhard Moest (Leipzig) habe ich Eure Adresse erhalten und bin auch von ihm auf den „RotFuchs“ aufmerksam gemacht worden. Der Hinweis in den „Weißenseer Blättern“ hat zusätzlich mein Interesse geweckt. Ich würde mich freuen, den „RotFuchs“ zu beziehen - auch ältere Nummern. Ich selbst bin 52 Jahre, Mitglied der PDS (KPF) und arbeite z.Z. (bis August 1999) im Rahmen einer Maßnahme des Arbeitsamtes. Zuvor war ich seit 1990 arbeitslos. Von Beruf bin ich Diplomphilosoph und habe in der DDR im Georgi-Dimitroff-Museum und später im Stadtmuseum Jena (Gedenkstättenbereich) gearbeitet.

**Manfred Meyer, Rudolstadt**

\*\*\*

Das letzte Jahr brachte Leid und Wetterleuchten am Horizont. Leider blieb es nur beim Wetterleuchten, da die Menschen einerseits noch nicht reif waren, gute Theorien umzusetzen, und die alten Kräfte andererseits den längeren Atem hatten. An dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen bedanken, daß Sie mich durch Ihre Zeitung an Ihrer Gedankenwelt teilhaben lassen. Anbei mein Scherflein.

**Wolfgang Düll, Berlin**

\*\*\*

Die Beiträge „Staatstheoretisches“ und „Demokratiedefizite“ im Dezember-„RotFuchs“ wecken eine Erinnerung bei mir. 1947 führte ich als junger Mann ein Gespräch mit dem Gewerkschaftsvorsitzenden von (Süd) Württemberg-Hohenzollern (Französische Besatzungszone) und späteren Bürgermeister der Kreisstadt Tuttlingen, dem Sozialdemokraten Fritz Fleck. Es war die Zeit, als die SPD in dem kleinen Ländchen einen neuen Star an der Spitze hatte, nämlich Prof. Dr. Carlo Schmid. Dessen „Führungsstil“ farbte in kurzer Zeit auf die Parteifunktionäre im Lande ab.

In der Absicht, mich von meinen KPD-geprägten Ansichten abzubringen, sagte Fleck: „Um zum Sozialismus zu gelangen, brauchen

wir keine Revolution, das machen wir alles mit dem Stimmzettell!“ (Wobei zu bemerken wäre, daß die Stadt Tuttlingen längst zu einer CDU-Hochburg geworden ist und die Sozialdemokraten ihre einstige Spitzenrolle schmählich verloren haben.)

Drei Jahre zuvor saß Herr Fleck nach dem 20. Juli 1944, als zahlreiche bekannte Regimegegner vorsorglich inhaftiert worden waren, mit dem Kommunisten Oskar Heuberger in einer Zelle im Tuttlinger Amtsgerichtsgefängnis. Beide versprachen sich hoch und heilig, nie wieder Bruderkampf zuzulassen. 1947 war das bei Herrn Fleck vergessen.

Nun, hinterher folgte Godesberg mit dem Verzicht auf ein sozialistisches Ziel und heute ist die SPD eine der tragenden Säulen der NATO und ihrer Politik. So könnte in etwa auch die Entwicklung der PDS verlaufen, zumindest nach Verabschiedung ihres „neuen Programms“. Wir wollen nicht schwarzmalen, aber Überlegungen dieser Art drängen sich einfach auf.

**Gerhard Moest, Leipzig**

\*\*\*

Den neuen „RotFuchs“ habe ich wieder mit großer Freude und Zustimmung gelesen. Klaus Steinigers Leitartikel und Wolfgang Clausners Betrachtungen zur Vereinigung von KPD und SPD stimmen sehr gut ein auf das Thema, das in diesem Jahr ein Zentralthema im Kampf um die Köpfe sein wird: Die Gründung der beiden deutschen Staaten vor 50 Jahren. Schön, daß auch Gerhard Feldbauer wieder vertreten ist; seine Artikel gefallen mir immer so sehr, daß ich ihm das einmal mitteilen möchte. Eigentlich müßte man alle Autoren der Nummer lobend erwähnen; besonders bemerkenswert finde ich aber, daß Ihr zu dem Ereignis des Jahres, das im Wirtschaftsbereich Europas das folgenreichste sein wird, einen so fundierten, kenntnisreichen Artikel wie den von Hans-Günter Szalkiewicz bringt, zur Einführung des Euro. Und Walter Florath, Ulrich Huar, Heinz Kamnitzer mit einem seiner besten, weil kämpferischsten und Fidel gewidmeten Gedichte - es war schon wieder eine Wucht, diese Nummer!

**Dr. Kurt Gosswiler, Berlin**

\*\*\*

Liebe „RotFüchse“, vielen Dank für die bisherigen Ausgaben und für Eure Arbeit. Ich wünsche Euch auch für das kommende Jahr viele gute Gedanken und natürlich viele spritzige Beiträge. In der Dezember-Ausgabe gefallen mir besonders Kurt Andrés „Erinnerungen an Wilhelm Pieck“ und das „Nachdenken über Hans Modrow“ von Gerhard Feldbauer.

Ich hatte nach dem Lesen des Modrow-Buches die gleichen Empfindungen und Bedenken. Ein Gedankenaustausch mit Kampfgefährten bestätigte mich. In einem mehrseitigen Brief habe ich Hans Modrow

meine Meinung mitgeteilt und ihn wissen lassen, daß er mir vor dem Buch noch sympatisch war, nach dem Buch aber eine Person mit vielen Fragezeichen ist.

Die Erinnerungen an unseren Wilhelm Pieck von Kurt Andrä haben mich bewegt und zum Nachdenken angeregt. Auch für mich trifft das Wort Ernst Thälmanns zu: „Wer seine Erinnerungen pflegt, stärkt seine Widerstandskraft gegen kommende Schicksalsschläge ...“. Ich hatte als junger Mensch in den ersten DDR-Jahren öfters Gelegenheit, unserem Wilhelm zu begegnen. So am 11. Oktober 1949 beim historischen Fackelzug der FDJ, im Sommer 1950 bei seinem Besuch in Schwarzenberg/Erzgebirge und danach in Berlin, als ich mitverantwortlich für seine Sicherheit war. Er war für uns immer der anerkannte Repräsentant der Arbeiterbewegung und des Staates. Er war aber auch ein Vater, der uns als „seine Jungs“ behandelte und für die jungen Volkspolizisten und später für die Soldaten des Wachregiments, die seinen Amtssitz und sein Wohnhaus schützten, immer ein freundliches Wort hatte. Er war „unser Präsi“.

Umso verwerflicher sind die Versuche, Wilhelm Piecks Andenken und sein Persönlichkeitsbild aus der Geschichte zu verdrängen oder zu verfälschen. Eine Schande für Berlin, daß die Straße, die seinen Namen trug, nun die inhaltslose Bezeichnung „Torstraße“ erhalten hat.

Anbei eine kleine Briefmarkenspende.

**Dr. Roland Kießling,  
Ostseebad Binz/Prora**

\*\*\*

Der „RotFuchs“ hat den Durchblick. Von der letzten Ausgabe sind wir wieder absolut begeistert. Wenn der beiliegende Obulus etwas mager ausfällt (wir hätten gern mehr...) so liegt das natürlich an der - wie es heute heißt - mangelnden Kapitaldecke. Aber ein paar Pfefferkuchen weniger für mehr Aufklärung und Wahrheit ist uns der „RotFuchs“ allemal wert.

**Hannelore Gröschel und Joachim Loeb,  
Berlin**

\*\*\*

Am 10. Januar nahm ich gemeinsam mit 73 Leipziger Genossinnen und Genossen aus PDS und DKP an der diesjährigen Demonstration zu Ehren von Karl und Rosa teil. Wir zogen vom heutigen Platz der Vereinten Nationen mit nach Friedrichsfelde. Doch was mußten wir erleben, als wir auf dem Leninplatz aus den Bussen stiegen? Unser Genosse Lothar Brückner wurde auf empörende Weise durchsucht. Jugendliche, die gerade den Bus verlassen hatten, mußten sich mit gespreizten Armen und Beinen an das Fahrzeug lehnen und sich von den Polizisten leibesvisitieren lassen. Das alles bei einer genehmigten Demonstration.

Was wir dann an fortwährenden brutalen

Eingriffen der Berliner Polizei sahen, zeigte uns, daß deren Einsatz und die Wahl ihrer Mittel jeder Verhältnismäßigkeit widersprachen. Als Antwort halften Sprechchöre: „Wir demonstrieren ohne Gewalt. Aber was macht Ihr?“ Wir ließen uns nicht provozieren und kehrten in der Gewißheit nach Leipzig zurück, daß die gelungene Demonstration die Macht und die Möglichkeiten linker Kräfte zeigte, deren gemeinsames Handeln den Spielraum für künftige außerparlamentarische Aktionen ausweiten kann.

**Karl-Heinz Reinhardt, Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig**

\*\*\*

Nachtrag zu den „RotFuchs“-Ausgaben Nr. 10 und 11/98: Ich teile die Begeisterung vieler Leserinnen und Leser des „RotFuchs“ über die in Nr. 10 veröffentlichte Rede von Pfr. Dr. Dieter Frielinghaus. (...) Ich habe langjährige (Wessi)-Erfahrung in der Zusammenarbeit verschiedener politischer Kräfte in Bündnissen. Es waren immer solche Pfarrer wie Frielinghaus, die die Bergpredigt ernstnahmen und sich - trotz massiver Repressionen seitens ihrer Kirchenführungen - offen und vorbehaltlos zur Zusammenarbeit mit Kommunisten und Sozialisten bekannten; sie haben die jeweilige Bewegung mit vorangetrieben. Ich konnte viel von ihnen lernen. Chapeau, Herr Frielinghaus!

Zu Bemerkungen im „RotFuchs“, in keinem anderen - auch linken - Blatt finde man eine so eindeutige Entlarvung der USA-Blockadepolitik gegenüber Cuba, erlaube ich mir eine Anmerkung: Es gibt doch einige Zeitschriften, die diesen Anspruch ständig erfüllen: Die deutschsprachige Ausgabe der „Granma Internacional“, die „NETZWERK CUBA-Nachrichten“ (Probeexemplar und Bestelladresse: NETZWERK Cuba e.V., Maxstr. 50, 53117 Bonn) und „Cuba Libre“ (Probeexemplar und Bestelladresse: FG BRD-Cuba e.V., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln).

Cuba braucht - auch 40 Jahre nach dem Sieg der Revolution - die Hilfe und Solidarität der Völker. Und umgekehrt: Die Welt braucht Cuba!

**Heinz-W. Hammer, Essen**

\*\*\*

Da ich mit Eurer Zeitung „RotFuchs“ konfrontiert wurde, möchte ich Euch bitten, mir diese regelmäßig zu übersenden. Um dies zu sichern, lege ich 50 DM bei.

**Gerhard Höfer, Halle**

\*\*\*

Als „Neu-Berliner“ habe ich pünktlich den „RotFuchs“ Nr. 11 erhalten. Da ich wie viele andere Leser weiß, daß zum Leben auch die materielle Seite gehört, lege ich eine kleine Spende bei und wünsche uns alles Gute.

**Jupp Mallmann, Berlin**

Im Herbst gehen wir schon in das zehnte Jahr des „Beitritts“ der DDR zur BRD. Manch vernünftiger Kopf war anfangs der Auffassung, mit der Zeit würden sich politischer Realitätssinn und ruhiges Augenmaß durchsetzen. Dem ist jedoch nicht so. Die politisch motivierte Strafverfolgung wird auch unter der SPD-Justizministerin Däubler-Gmelin ihren Fortgang nehmen. Dieser Vollblutjuristin scheint vor lauter rechtsstaatlicher Demagogie der objektive Blick für das in der BRD praktizierte Zweiklassenrecht verlorengegangen zu sein. Dabei schert man sich weder um festgeschriebene Rechtspositionen aus dem Einigungsvertrag noch um das Völkerrecht. Das Rückwirkungsverbot ist für DDR-Bürger einfach aufgehoben worden. Da es - wahrscheinlich zum Schutz brauner Funktionsträger aus dem dritten Reich - nicht mehr benötigt wird, eröffnen sich heute der „unabhängigen“ BRD-Justiz völlig neue Perspektiven in der Klassenschlacht gegen alle, die für den Sozialismus in der DDR Verantwortung getragen haben.

Die bundesdeutsche Klassenjustiz trägt nicht einen Millimeter zum weiteren Vollzug der inneren Einheit des Landes bei, sondern verschärft und vertieft die Widersprüche enorm. In diesem Sinne kann ich der Meinung von Klaus Feske in Nr. 11 des „RotFuchs“ nur zustimmen. Mit einer Spende von 30 Mark möchte ich Eure Tätigkeit unterstützen.

**Michael Kommol, Halle**

\*\*\*

Herzlichsten Dank für die regelmäßige Zusendung Eurer Zeitung „RotFuchs“. Ab Januar möchte ich für unsere Gruppe zehn Exemplare jeder Ausgabe bestellen. Es macht mir immer Freude, die Artikel der Genossen zu lesen, die von einem klaren marxistisch-leninistischen Standpunkt ausgehen und die Verhältnisse in der heutigen BRD realistisch darstellen. Vor allem begrüße ich die objektive Beurteilung der DDR. Bei allen Mängeln und Schwächen, die bestanden, bleibt sie die größte Errungenschaft, die es bisher in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gab.

Anbei ein Unkostenbeitrag von 30 DM.

**Wilhelm Krämer, Vorsitzender der DKP-Gruppe Teterow/Neubrandenburg**

\*\*\*

Mit großem Interesse habe ich Kurt Andrés „Erinnerungen an Wilhelm Pieck“ gelesen. Für mich war dessen 75. Geburtstag am 3. Januar 1951 ein großes Erlebnis. Als Vertreter der Jugendabteilung der Hauptverwaltung Ausbildung (Vorläuferin der NVA) gehörte ich zur FDJ-Delegation, die dem Präsidenten im Schloß Niederschönhausen Glückwünsche überbrachte. Im Anschluß an die Gratulation waren etwa 60 Jugendliche zur Kaffeetafel eingeladen. Ich saß nur

drei Stühle von Wilhelm Pieck entfernt. Dieser interessierte sich dafür, wie wir in den bewaffneten Organen mit dem Aufbau der FDJ vorankamen. Wir empfanden das Gespräch als eine Unterhaltung zwischen „Vater und Sohn“. Nachdem eingedeckt worden war, sagte Wilhelm Pieck scherzhaft zu Walter Ulbricht: „Du siehst doch, wie die Jugend schon auf ein Stück Kuchen wartet, sei so gut und betätige dich als Kellner“. Walter Ulbricht gab prompt zurück: „Wenn die Jugend ruft, sind wir zur Stelle“ und nahm einen Kuchenteller, um damit durch die Reihen zu gehen.

**Karl Hertel, Dessau**

\*\*\*

Eine kurze Bemerkung zum Artikel von Ulrich Huar „Marxismus und nationale Frage - Hier und Heute“ (Nr. 11).

Erschreibt: „... z.Z. wird dieser (internationale) Konkurrenzkampf vorerst noch mit ökonomischen und finanziellen Mitteln ... (geführt)“.

Das stimmt so nicht. Von den gegenwärtig ca. 25 kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt sind fast alle Bestandteil dieses internationalen Konkurrenzkampfes, des Kampfes um die Macht des Finanzkapitals. Sie sind lediglich als nationale oder ethnische Kämpfe verhüllt, z.B. in Bosnien, im Kosovo, in Tschetschenien und in Irak geht es um nichts anderes als um die Vorherrschaft verschiedener Kapitalgruppen. Für mich fragt sich, ob und wie weit hier nicht schon der 3. Weltkrieg im Gange ist, der aus Europa an die Originalschauplätze verlegt wurde. Er übertrifft nach der Zahl der Toten bereits den

2. Weltkrieg. Unter diesen Kriegen gibt es keinen, an dem das USA-Kapital nicht beteiligt ist - und zwar nicht nur mit Waffenlieferungen. Auch der Drang des deutschen Monopolkapitals nach direkter Beteiligung ist ein Indiz.

**Norbert Pauligk, Schwerin**

\*\*\*

Ich habe den Dezember-Fuchs erhalten, sofort kopiert und verteilt.

**Brigitte Marx, Zörbig**

\*\*\*

Seit Oktober 1998 beziehe ich Eure Zeitschrift „RotFuchs“. Sie ist nach meinem Geschmack und wird für mich eine gute Arbeitsgrundlage sein. Der „RotFuchs“ gehört nicht abgeheftet zu werden, wie ein Genosse in seiner Lesermeinung zum Ausdruck brachte, sondern muß weitergereicht werden, um den Kreis der mit ihm Vertrauten zu vergrößern. Wir wollen doch unser gemeinsames sozialistisches Gedankengut nicht für uns behalten. So mancher ehemalige Genosse - das gilt natürlich auch für Sympathisanten und andere Menschen - hat nach der Vereinnahmung der DDR den Bo-

den unter den Füßen verloren. Da ist es unbedingt notwendig, möglichst viele mit unseren Materialien zu konfrontieren. Je größer wir den Kreis ziehen, umso eher gelingt es uns, wieder eine kampfstärke Partei zu werden. Anbei für die Unkosten des „RotFuchs“ 50 Mark und für zwei neue Abonnenten jeweils 25 Mark.

**Franz Krzywinski, Dresden**

\*\*\*

Nicht nur der infam verlogene Film vom „Dritten Weltkrieg“, sondern auch der dritte Teil der Verfilmung nach Strittmatters Roman „Der Laden“ offenbart den unbändigen Haß der Geschichtsfälscher und Kommunistenfresser. Daß dabei auch seriöse Nachrichtensprecher mitspielen, ist bedauerlich. Was soll da einem teilweise jungen, nicht mit den historischen Tatsachen vertrauten Publikum in der besten Sendezeit suggeriert werden? Nichts anderes als dies: Das Schwarzbuch des Kommunismus hat doch recht! Da ist kein großer Sprung mehr bis zu Hitlers „sowjetischen Untermenschen“ und „barbarischen Horden“, die natürlich den Präventivschlag planten. Wie Wirklichkeit und Simulation verknüpft werden, ist nur noch mit Goebbelsscher Propaganda vergleichbar. Aber es ist noch viel schlimmer: Es geht nicht nur um die Fiktion eines dritten Weltkriegs, auch der zweite Weltkrieg ist in die ungeheuerliche Geschichtslüge einbezogen: Die Lüge vom Präventivschlag der Sowjetarmee erhält hier neue Nahrung. Natürlich sind nur unzivilisierte Horden zu so barbarischen Überfällen fähig: in die friedliche Menge schießen, Mutter und Kind töten - es ist offensichtlich: solche „Simulationen“ sollen den deutschen Überfall auf die Sowjetunion, sollen Oradour, Lidice und Ausschwitz vergessen lassen oder gar rechtfertigen. Denn all diese Verbrechen waren dann ja nur die notwendige Folge der Aggression, das zu rechtfertigende Sichwehren gegen eine unzivilisierte Nation, die das westliche Abendland vernichten wollte. Wer das wutverzerrte Gesicht des falschen Sowjetgenerals und das nachdenkliche des echten amerikanischen Präsidenten gesehen hat, wer im dritten Teil des „Ladens“ ständig den Haß auf rigoros und barbarisch handelnde Sowjetsoldaten sah, weiß, wozu solche Klischees dienen sollen: Einem Haß auf alles, was auch nur den Anschein hat, „links“, sprich „sozialistisch“ zu sein.

**Dr. Eva Ruppert, Bad Homburg**

\*\*\*

Ich hatte Gelegenheit, Heft 10 des „RotFuchs“ zu lesen. Es hat mir sehr gefallen! Deshalb würde ich mich freuen, wenn ich ständige Leserin dieser interessanten Zeitung werden könnte. Anbei vorerst 30 Briefmarken.

**Bettina Thurmann, Halle**

Der „RotFuchs“ voran - wir machen weiter im Jahr 1999, dem 50. Jahr nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, der besten Republik aller Zeiten.

**Rüdiger Czech und Maria, Berlin**

\*\*\*

Das Beste, was uns 1998 gebracht hat, ist der „RotFuchs“. Damit ist es wohl richtig, seinen Herausgebern dafür recht herzlich zu danken und dem Kollektiv neue Erfolge zu wünschen. Als kleine Gegenleistung wollte ich einen Artikel für den „RotFuchs“ schreiben, aber bis heute hat das noch nicht geklappt. Mir geht es besonders um die Frage der Einheit der deutschen Kommunisten. Ich lege diesem Brief etwas zur Deckung der Geschäftskosten bei. (Den Zeilen waren 100 DM beigelegt - d.R.)

**Kurt Walther, Leipzig**

\*\*\*

Anbei eine kleine Spende für den „RotFuchs“. Ich freue mich schon auf die neue Nummer.

**Wolfgang Peukert, Berlin**

\*\*\*

Beziehen möchte ich mich auf den Beitrag „Nachdenken über Hans Modrow“ von Gerhard Feldbauer in RF Nr. 11. Seine ausführliche Kritik ist sehr aufschlußreich. Sie bezieht sich auch auf andere sogenannte Reformsozialisten, zu denen ja auch Gysi und Bisky gehören. Sie gaben vor, einen „besseren Sozialismus“ und eine „bessere DDR“ zu wollen. In Wirklichkeit ließen sie sich vor den Karren der Konterrevolution spannen und reformierten den Sozialismus und die DDR weg. Zumindest haben sie - und zwar in allen Ländern des Warschauer Vertrages - den Imperialisten den Weg geebnet.

Was mir an der heutigen Haltung dieser Reformsozialisten auffällt (angefangen bei Gorbatschow!) - sie sind froh über die Niederlage des „deokratiedefizitären“ (oder gar stalinistischen) Realsozialismus und halten den überlebten Imperialismus für „demokratisch“. Wobei sie keinen Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie machen. Sie „entschuldigen“ sich auch nicht für das Verschwinden des sozialistischen Weltsystems, das mit ihrer Hilfe unterging, dafür aber für alles, was in der DDR geschah.

Diese Niederlage ist für uns bestimmt kein Grund zum Feiern, wie Klaus Steiniger am Schluß seines Beitrages „Das Jubiläumsjahr“ feststellt. Auch ich halte es mit seiner Hoffnung: Für eine neue deutsche demokratische Republik.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

(Die Redaktion bittet um Nachsicht, daß

sie Genossen Kaschig bei einem früheren Leserbrief versehentlich in Kreuzberg ansiedelte)

\*\*\*

Vielen Dank für die Dezember-Ausgabe des „RotFuchs“, die wir in der Woche zwischen den Jahren mit Ruhe und großem Interesse lesen konnten. Wir wünschen für 1999 eine weiterhin so erfolgreiche Arbeit und legen als Beitrag für Eure Versandkosten einige Briefmarken bei.

**Inge und Hartwig Baumbach, Bargtheide, Schleswig-Holstein**

\*\*\*

Solidarische Grüße und ein herzliches Dankeschön an alle, die sich um den „RotFuchs“ kümmern und von Mal zu Mal zunehmend dafür sorgen, daß diese kämpferische kommunistische Zeitung mit ihren ständigen Mitarbeitern zu „unserer Stimme“ geworden ist, die noch viel mehr von sich reden machen wird. (Seit zwei Ausgaben kopieren wir regelmäßig je vier Exemplare für gewonnene Interessenten). Die Nr. 11 war wieder eine besonders gelungene Ausgabe, angefangen beim Leitartikel auf Seite 1 bis zur letzten Seite. (...) Besonders wichtig ist, daß auch dem Wort der DDR-Kommunisten Gehör verschafft wird.

Wenn jemand außer acht lassen würde, was wir an objektiven historischen Erfahrungen beizutragen haben, daß man in ideologischen Grundfragen weder tolerieren noch kunkeln kann, daß „Geschichte (eben) nicht verräterisch umgeschrieben“ werden darf, dann wäre dies ein verhängnisvoller Fehler. Der Marxismus-Leninismus ist nicht beliebig interpretierbar. Wir halten es für verstärkt erforderlich, daß der „RotFuchs“ in seiner sprichwörtlichen Klugheit, Überzeugungskraft und Zielstrebigkeit auf die Erörterung von wichtigen Aspekten unserer Weltanschauung weiter Einfluß nimmt und selbst klare Antworten gibt. Wer genau liest, stellt fest: Er hat bereits damit begonnen. Die historische Wahrheit darf weder von kommunistenfressenden Eppelmännern noch von halbgebildeten Geschichtsfälschern a la Knopp vergewaltigt werden. Kommunisten jedoch sollten historische Wahrheiten, zu denen die sozialistischen Errungenschaften der DDR zählen, erst recht nicht „übergehen“.

Dem „RotFuchs“ legen wir für sein weiteres Wirken etwas „Futter“ (15 DM in Briefmarken und 20 DM in bar) bei. Beste Wünsche für 1999 - ein Jahr, das von uns allen und für uns alle im wahrsten Sinne des Wortes als Jahr des 50. Gründungstages der DDR gestaltet werden muß.

**Anny und Alfred Wagner, Berlin**

## Herzliche Glückwünsche

Herzlich gratulieren die DKP Nordost und der „RotFuchs“ dem erprobten Kommunisten

### Genossen Heinz Keßler

zu seinem 79. Geburtstag am 26. Januar 1999.

Unsere herzlichsten Grüße gehen an

### Genossin Prof. Hanna Wolf,

die am 4. Februar 91 Jahre alt wird und der wir vor allem eine Stabilisierung ihrer Gesundheit wünschen.

Wir gratulieren unserem Geburtstagskind

### Manfred,

der in Kürze einen weiteren Jahresring ansetzt.

## IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

VIS&P.: Dr. Klaus Steiniger  
Teterower Ring 37  
12619 Berlin  
Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,  
Eberhard Bock,  
Wolfgang Clausner  
Dr. Sigmar Eßbach,  
Dr. Gerhard Feldbauer  
Arno Fleischer,  
Walter Florath,  
Katrin Hellwig,  
Werner Hoppe,  
Prof. Dr. Ulrich Huar,  
Monika Kauf,  
Gerda Klabuhn,  
Prof. Dr. Eike Kopf,  
Wolfgang Metzger,  
Rainer Rupp,  
Harry Schmitt,  
Anatoli Schinin (SHAHAR)  
Karl-Eduard v. Schnitzler,  
Dr. Hartwig Strohschein,  
Dr. Hans-Günter Szalkiewicz,  
Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

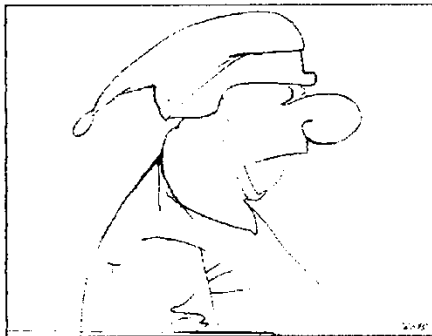
Genosse **Herbert Fechner** ist am 28. Dezember 1998 gestorben. Er war von 1967-1974 Oberbürgermeister der DDR-Hauptstadt Berlin und von 1974-1990 Vorsitzender der Interparlamentarischen Gruppe der DDR. Dem „Rat der Alten“ der PDS stellte er seit 1990 seine Erfahrungen zur Verfügung.

Das Fazit seines Lebens lautete: „Wir gehörten zu der Generation, die Berlin wieder lebensfähig machte und den Mut hatte, in einem Teil Deutschlands eine völlig neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Der Versuch ist tragisch geendet. Aber der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte.“

Die Beisetzung findet am **12. Februar 1999 um 13.00 Uhr** auf dem Waldfriedhof Karlshorst an der Wuhlheide statt.

## TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Am **Samstag, dem 20. Februar 1999 ab 10.30 Uhr**, findet im **Parteibüro** (altes ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz) eine **Bezirksmitgliederversammlung** der DKP Berlin statt. Im Mittelpunkt steht ein Referat des Bezirksvorsitzenden Reiner Vollradt: Die DKP und die Berliner Wahlen 1999. Nur für Mitglieder. Alle Genossinnen und Genossen der Gruppe Nordost werden um ihre Teilnahme gebeten



*Kosovo ist eine „ureigene deutsche Angelegenheit“*

## RotFuchs

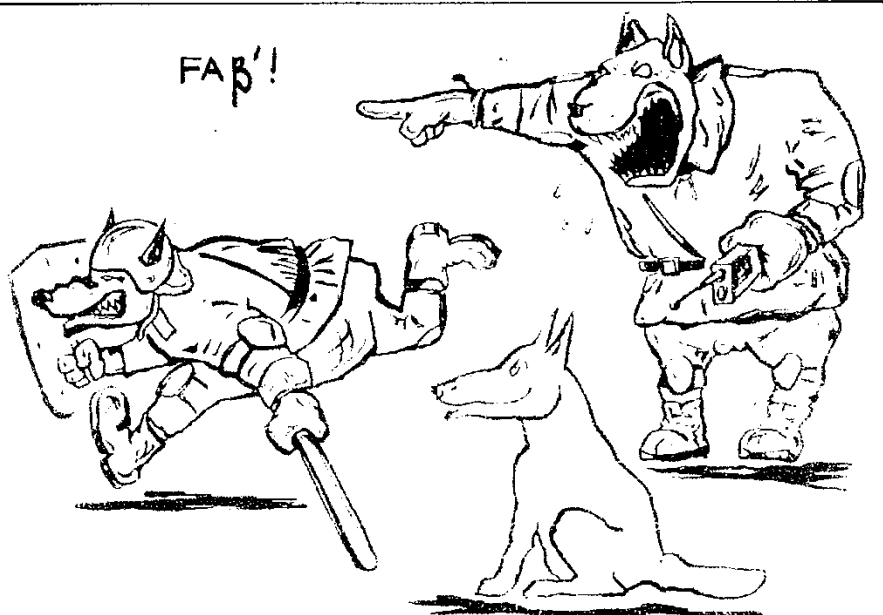
Internet und eMail-Adresse

e-mail:

**DKP-BerlinNO@t-online.de**

internet:

**<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>**



Zeichnungen: SHAHAR

*Sind Wölfe menschlicher?*